

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgepaltenen Kolonen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1503.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Mittwoch, den 7. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Der Achtstundenkampf im englischen Maschinenbaugewerbe.

London, den 8. Juli.
 Heute Mittag werden die Arbeiter von fünf großen Werkplätzen der Londoner Maschinenbau-Industrie in Ausstand treten, um die Leiter dieser Anstalten zu bewegen, ihnen den achtstündigen Arbeitstag unter Beibehaltung des bisherigen Lohnsatzes — in London 88 Schillinge pro Woche — zu bewilligen.
 Damit wird die bisher friedlich geführte Bewegung für den achtstündigen Arbeitstag in einen gewerblichen Kampf verwandelt. Mehr noch, bisher auf London und die benachbarten Distrikte beschränkt, wird sie zu einer nationalen Angelegenheit. Wie der Telegraph wohl schon gemeldet haben wird, haben die Vertreter der großen nationalen Unternehmer-Verbände der Maschinenbau-Industrie auf ihrer am 1. Juli in Manchester abgehaltenen Konferenz jetzt wirklich beschlossen, jeden von Mitgliedern gewerkschaftlicher Verbände in dieser Sache unternommenen Streik gegen Verbandsfirmen damit zu beantworten, daß im ganzen Gebiete der Verbände je 25 pCt. der Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft gekündigt wird. In Gewerkschaftskreisen wird dagegen geplant, auf jede solche partielle Kündigung sofort mit dem Generalausstand zu antworten. Ist darüber auch noch nicht allseitig und endgültig entschieden, so steht doch schon fest, daß der heute in London begonnene Ausstand einen großen nationalen Arbeitsausfluß einleitet, der leicht hunderttausende von Arbeitern in Mitleidenschaft ziehen kann.
 Welche Tragweite dieser Arbeitsausfluß haben kann, lassen die Zahlen der beteiligten Organisationen deutlich erkennen.
 Die heutige Londoner Achtstunden-Bewegung ist eingeleitet worden von den Londoner Zweigsektionen von sechs nationalen Gewerkschaftsverbänden und einem lokalen Fachverein. Diese weisen folgende Zahlen auf:

Gewerkschaft	Zahl der Gesamtmitglieder am 1. Sept. 1896	Zahl der Mitglieder Anfang Mai 1897
1. Vereinigten Maschinenbauer	83 980	10 000
2. Kesselfabrikanten und Eisenbahnbauer	89 800	2 700
3. Dampfmaschinenbauer	7 700	800
4. Schmiede und Hämmere	879	800
5. Kupferschmiede	?	800
6. Maschinenbau-Arbeiter	2 750	100
7. Londoner Bohrer	500	500

Die Zahlen der ersten Rubrik sind dem Protokoll des Edinburgher Gewerkschaftskongresses entnommen. Seitdem dies angefertigt worden, ist die Zahl der Mitglieder des Gewerkschafts der vereinigten Maschinenbauer um über 8000 gestiegen. Sie betrug am 1. Juni 91 828 und wird jetzt zwischen 92 000 und 93 000 stehen. Eine gleich beträchtliche Steigerung ist bei den anderen Vereinen nicht anzunehmen, aber auch sie haben sich unzweifelhaft gehoben, so daß man die Gesamtmitgliedszahl der angeführten Organisationen auf rund 150 000 veranschlagen kann, zehnmal so viel als nach den Zahlen der zweiten Rubrik Mitglieder auf London und Umkreis entfallen. Die Zahlen dieser Rubrik sind dem Monatsbericht des Sekretärs der Vereinigten Maschinenbauer entnommen, wobei bemerkt werden muß, daß sich seit derselben erschienen, noch drei Fachvereine der Bewegung angeschlossen haben, nämlich die Vereine der Fein-Mechaniker, der Fein-Meißingarbeiter und der Werkzeugmacher, über deren Mitgliederzahl nähere Angaben fehlen.
 Die der Bewegung entgegenstehenden Unternehmerverbände sind:

1. der Verband der Maschinenbau-Unternehmer,
2. der Verband der Schiffbau-Unternehmer,
3. der Verband der Eisenindustriellen.

Es wird als feststehend erklärt, daß die in diesen Verbänden organisierten Unternehmer direkt nicht weniger als 200 000 Arbeiter beschäftigen. Das wären noch mehr, als die obigen Gewerkschaften repräsentieren. Es ist aber zu bemerken, daß diese Gewerkschaften bei weitem nicht alle Arbeiter der Geschäfte umfassen, in denen sie vertreten sind. Auf je 100 Gewerkschaftler kommen da immer mindestens 100 Arbeiter, die entweder gar keiner Organisation oder solchen Vereinen angehören, die sich, wie der Verein der Modellmacher, der Bewegung nicht angeschlossen haben. Mit anderen Worten, so groß wie die Unternehmerverbände sind, repräsentieren sie doch nur einen Teil der Geschäfte, um die es sich bei der Bewegung handelt.

Darauf stützt sich der Operationsplan der Arbeiter, vor allem der höchsten Mitglieder der Gewerkschaft der vereinigten Maschinenbauer, deren Londoner Vertretung, wie ich schon früher mitteilte, die Seele dieser Bewegung ist. Die Leiter des Vereins berechnen, daß im äußersten Falle etwa 45 000 seiner Mitglieder außer Arbeit kommen würden, so daß 47 000 Mitglieder blieben, deren Extraktoren den Verein in die Lage setzen würden, auf Wochen und gegebenenfalls Monate hinaus Streikunterstützung zu zahlen, ohne die Fonds des Vereins zu erschöpfen. Die bloße Möglichkeit eines sich so lange hinziehenden Ausstandes werde aber genügen, viele Unternehmer im entscheidenden Moment vom Rücktritt vom Verband bezw. zur Absage gegen dessen Kampfpolitik zu veranlassen. Die Interessen der Unternehmer seien nach Lokalität und Spezialität viel zu verschiedenartig, um eine einheitliche Politik zu ermöglichen.

Der Verlauf der Bewegung in London, wo bis zur Stunde 152 Firmen mit zusammen 12 000 Arbeitern den Achtstundentag bewilligt haben, spricht im ganzen für diese Annahme. Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß es doch Faktoren giebt, die gegen sie sprechen.

Es bleibt dahingestellt, ob man allen Unternehmern glauben darf, die erklären, daß, nachdem sie erst im Winter Lohnrückgaben haben eintreten lassen, sie bei den heutigen Weltmarktpreisen absolut außer Stande seien, die auf eine Lohnrückbildung um 12 1/2 pCt. auszuführende Forderung zu bewilligen. Von einer Anzahl Firmen scheint es festzustehen, daß sie bereit sind, eher ihre Werkstätten zu schließen als nachzugeben. Wichtiger ist, daß auch die Interessen der in Frage kommenden Gewerkschaften nicht gleichartige und daher Spaltungen in den Reihen der Arbeiter nicht ausgeschlossen sind. So hat z. B. die Zentralleitung des großen Gewerkschafts der Kessel- und Eisenbahnbauer erklärt, daß wenn ihre Londoner Mitglieder in Ausstand treten wollten, sie dies auf eigene Verantwortung tun müßten, der Gesamtverein könne sich nicht mit ihrer Politik

solidarisch machen und sie daher nicht unterstützen. Eine ähnliche Erklärung von Seiten des Vereins der Dampfmaschinenbauer ist nicht unwahrscheinlich. Diese beiden Organisationen würden nämlich von einem Generalstreik sehr viel stärker in Anspruch genommen werden wie der Verein der Maschinenbauer. Sie sind sehr viel mehr als dieser auf bestimmte Lokalitäten und Geschäfte beschränkt und hätten statt 50 vielleicht 90 pCt. Ausständige. Was das für einen Unterschied macht, ist leicht auszumalen. Auch scheint es, daß die Union der Dampfmaschinenbauer, eine der ältesten englischen Gewerkschaften, einen größeren Durchschnitt älterer und verheirateter Mitglieder zählt wie der Verein der Maschinenbauer, was natürlich auf die Politik zurückwirkt. Sie, wie der Verein der Kesselfabrikanten sind hauptsächlich im Norden vertreten, wo sie an einzelnen Orten dem Verein der Maschinenbauer das Gewicht halten. Wenn dort die Stimmung nicht so stark ist, ihre Mitglieder schließlich doch mit fortzureißen, so würde ein Generalstreik des letztgenannten Vereins eine ziemlich Anzahl von Geschäften nicht so stark treffen, um sie vor die Nothwendigkeit zu stellen, zu schließen oder nachzugeben. Denn schließlich giebt es doch noch immer eine große Anzahl von Nichtgewerkschaftlern, die es den Fabrikanten alldann erleichterten, den Betrieb in ermäßigtem Umfange fortzusetzen.

Dies die wichtigsten Momente, die als Gegenkräfte gegen das Unternehmen der kämpfenden Arbeiter in Betracht kommen. Der Kampf ist also keineswegs ein ganz gefahrloser. Es stehen ihm große Hindernisse im Wege. An sich ist die Forderung des Achtstundentages gewiß unter den Arbeitern populär, aber über die Methode zu seiner Erreichung gehen die Meinungen noch weit auseinander. Es giebt z. B. viele Arbeiter, die da meinen, es sollte erst einmal im ganzen Lande gründlich mit dem System der Ueberzeitarbeit ausgeräumt werden, ehe man an die Erlämpfung des Achtstundentages gehe. Mit der Ueberzeitarbeit sei derselbe doch nur eine große Täuschung.

Angesichts all dieser Schwierigkeiten ist das Londoner Achtstunden-Komitee nach wie vor sorgsam darauf bedacht, sich die Sympathie der breiten Masse der Arbeiter zu erhalten und die des großen Publikums wenigstens nicht ohne Noth zu verlieren. In seinen Aufrufen spricht es mit Anerkennung von der „Hochherzigkeit“ derjenigen Unternehmer, die den Achtstundentag bewilligt haben, und bleibt es in seiner Kennzeichnung des Vorgehens der verächtlichen Unternehmer streng innerhalb der Grenzen sachlicher Bekämpfung.

Die Unternehmer in diesem Distrikt, schreibt es in einem soeben versandten Aufruf an alle Gewerkschaften des vereinigten Königreichs, sind von Deputirten persönlich aufgesucht worden, und in vielen Fällen ist auf brüderlichem Wege unterhandelt worden. Dieses Verfahren ist so erfolgreich gewesen, daß bis zum 1. Juli nicht weniger als 152 Firmen in diesem Distrikt den Achtstundentag bewilligt haben.

Aber die als Verband der Maschinenbau-Unternehmer und Schiffbau-Unternehmer bekannten Unternehmer des Nordens sind gemeinsam mit dem Verband der Eisenindustriellen über diese friedfertige Methode der Zugeständnisse und der hochherzigen Handlungsweise Londoner Unternehmer gegen Londoner Arbeiter in große Unruhe gerathen und haben diejenigen, die die Forderung nicht bewilligt haben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Ueberredung, der Schmeichelei und des Zwanges zu bewegen gesucht, ihrem Verband beizutreten, indem sie ihnen jede mögliche finanzielle und sonstige Unterstützung versprochen, wenn sie nur sich mühen wollten, den von den Londoner Arbeitern gemachten Fortschritten Einhalt zu thun.

Wir brauchen den Grund dieser plötzlichen Interessenahme der Unternehmer des Nordens für ihre Konkurrenten im Süden und deren Arbeiter nicht weit zu suchen, denn es liegt auf der Hand, daß der einzige Grund zur Einmischung die Furcht ist, wenn es diesen Londoner Arbeitern gelingen, diese ernsthaft erprobte und populäre Reform — den Achtstundentag — auf friedlichem Wege zu erreichen, ihre eigenen Arbeiter nicht lange warten würden, dasselbe zu verlangen.

Es mag angenehm sein festzustellen, daß der Erfolg der Arbeiter bisher kein phänomenaler ist. Aber indem wir auch die Sachlage klar auseinandersehen, müssen wir doch bemerken, daß sie (die Arbeiter) es fertig gebracht haben, einige der weniger gutwilligen Prinzipale dieses Distrikts zu sich herüberzuziehen, Prinzipale, die nie als hochherzig gegen ihre Arbeiter galten und sicher nie mehr gezahlt haben als die Minimallohnsätze unserer Gewerkschaft. Hier folgt die Schilderung, wie die Masse der Londoner Prinzipale durch die Weigerung, Ueberzeitarbeit zu arbeiten, weich gemacht wurden, und wie das Komitee dann schließlich dazu überging, bei drei der widerspännischen Firmen die Arbeit ganz laubigen zu lassen, wodurch die Unternehmerverbände jetzt mit Gegenkündigungen drohen. Dann schließt der Brief:

„Gewerkschaftskollegen! Wir haben Euch unsere Situation geschildert, wie sie heute liegt, in der sicheren Hoffnung, daß wir Eure volle Sympathie und Unterstützung auf unserer Seite haben, wenn wir diese wünschenswerthe Reform, die unter allen Umständen durchzuführen der feste Entschluß dieses Komitees ist, zu erfolgreichem Ausgang bringen.“

Wir hoffen, daß die verbündeten Unternehmer dadurch, daß sie das Gebiet des Kampfes erweitern, den allgemeinen Achtstundentag im ganzen vereinigten Königreich herbeiführen.“

Möchte es so sein. Aber vorläufig wird es noch harte Kämpfe geben. Von den Schiffbauern am Clyde (Glasgow und District) haben sich gestern 29 durch Unterschrift für den Beschluß der verbündeten Unternehmer erklärt. Rehnliches ist am Tyne und Tees (Durham, Northumberland, Cleveland), in Lancashire und anderen Orten sicher. Es hängt also sehr viel davon ab, wie sich die vorerwähnten zwei Arbeiterorganisationen erklären, die nächst dem Verein der Maschinenbauer die größte Mitgliederzahl in der Eisenindustrie haben. Schließen sie sich an, so bleibt der Kampf im wesentlichen lokal und sektionell und wird die internationale Situation nicht sonderlich beeinflussen. Noch weniger wird dies der Fall sein, wenn, was immerhin möglich ist, die Mehrzahl der Provinzsektionen des Maschinenbauvereins gegen die Londoner Stellung nimmt. Schließen sie sich ihr aber an und treten

die beiden anderen Vereine der Bewegung als Körperschaft bei, so würde der Kampf hier zu einer Stockung der Industrie führen, die in der einen oder anderen Weise auf das Festland zurückwirken müßte. Der Hochsommer ist aus verschiedenen Gründen für Arbeiter die günstigste Zeit des Ausstandes, an eine baldige Beendigung durch den Zwang der äußersten Noth ist da nicht zu denken. Die Gewerkschaftsklassen sind gefaßt und gerade von den hier in Betracht kommenden Arbeitern haben eine nicht geringe Zahl noch andere Zahlungsquellen. Aber der Kampf würde noch weitere Kreise der Arbeiterwelt in Mitleidenschaft ziehen, von denen dies nicht gilt. Dies und die Furcht, daß die englische Industrie durch Verluste von Aufträgen und Kundschäften schwere Schäden erleiden könnte, lassen schon jetzt Ruhe nach einem Kompromiß laut werden. Bevor sich jedoch die beiden Heere nicht gemessen, haben sie wenig Aussicht gebort zu werden. Später mag es vielleicht zu einem Kompromiß kommen. Denn die Gewerkschaften haben neben ihren rein ökonomischen noch verschiedene, sehr wirksame soziale und politische Machtmittel zur Verfügung, wie z. B. den Einfluß auf Behörden als Antraggeber, den Einfluß auf einen großen Theil der Presse und der religiösen Körperschaften zc., daß eine totale Niederlage wenig wahrscheinlich ist. Ohne irgend ein Zugeständnis würden sie kaum aus dem Kampf hervorgehen.

Al dies verleiht demselben eine Bedeutung, die ihn der größten Beachtung seitens der festländischen Arbeiter werth erscheinen läßt.

M a s s a c h r i f t. Soeben, abends, erfahre ich noch, daß der Vorstand der Gewerkschaft der Vereinigten Maschinenbauer in heutiger Sitzung endgültig beschlossen hat, den partiellen Arbeitsausfluß mit dem Generalausstand zu beantworten, und den Sektionsvorständen in der Provinz Weisung hat zugeben lassen, dafür Sorge zu tragen, daß, sobald die Prinzipale ihre Drohung ausführen und den vierten Theil der Mitglieder des Vereins kündigen, die anderen drei Viertel sofort ihrerseits die Arbeit auskündigen.

Andererseits hat der Vorstand der Gewerkschaft der Kesselfabrikanten und Eisenbahnbauer den Vorstand der Vereinigten Unternehmer offiziell Mittheilung gemacht, daß seine Gewerkschaft beschlossen hat, den Londoner Ausstand nicht zu unterstützen, was die Unternehmer veranlassen wird, die Kündigungen nicht auf Mitglieder derselben auszuheften. Es bleibt aber abzuwarten, ob die Mitglieder der Gewerkschaft den Beschluß der Leitung überall ratifizieren. —

Wir fügen der Darstellung unseres Korrespondenten folgendes Wolffsche Telegramm vom 6. Juli an:

Seitens der Werkführer wurde heute 25 pCt. der in den Maschinenbauwerkstätten am Clyde beschäftigten Arbeitern auf den nächsten Dienstag gekündigt. Es werden von dieser Maßregel ungefähr 6000 Mann betroffen. Rehnliche Kündigungen von 25 pCt. der Arbeiter sind seitens der Vereinigungen der Arbeitgeber von Hartlepool und Sunderland, von Greenock, Newcastle, Manchester und anderen Industrie-Zentren angebrochen. Man erwartet, daß in jedem einzelnen Fall auch die übrigen 75 pCt. der Arbeiter nach Ablauf der Woche die Arbeit niederlegen werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, 6. Juli.

Wider das gegen England ist dem preussischen Junker ebenso in die Seele eingewurzelt wie brünstige Liebe zu Rußland, und beide Gefühle, die organisch zusammengehören, bilden eigentlich nur eins — sind beide der Anknüpfung der rückwärtigen, urreaktionären Gesinnung, die den preussischen Junker auszeichnet und ihn in dem halbbarbarischen Mittelalter die Idealszeit erblicken läßt, in welche Deutschland zurückgedrängt werden soll. Das russische Knutenreich ist diesem Ideal am nächsten; das durch und durch bürgerlich-moderne England steht von allen Staaten der Welt im schroffsten Widerspruch zu ihm.

Wir hatten wiederholt Gelegenheit, auf die Heereien unserer Reaktionen gegen alles was englisch ist, hinzuweisen. Nach dem Sturze Bismarck's gab es eine kleine Pause. Als Caprivi den Junkern erlegen war, ging das Geheze von neuem los, und jetzt, wo die Junker das Ziel ihrer Wünsche erreicht zu haben glauben, wird es mit verdoppeltem Eifer betrieben.

Und leider nicht bloß in den Zeitungen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sind auch die offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und England durch den Einfluß unserer Junker ernstlich getrübt worden.

Daß der deutsche Kaiser nicht zu dem Jubiläum seiner Großmutter nach London ging, ließ sich aus rein persönlichen Stimmungen erklären. Der deutsche Kaiser — das läßt sich nun einmal nicht leugnen — wird in England sehr ungünstig beurtheilt, und wenn das auch bloß seiner Person gilt und politisch ohne jegliche Bedeutung ist, so erklärt es doch zur genüge, daß der deutsche Kaiser keine sonderliche Lust hatte, England zu besuchen.

Jetzt erfahren wir nun aber, daß es sich um mehr handelt, als wie persönliche Stimmungen oder Verstimmungen. Wir erfahren, daß der deutsche Botschafter in London sich von den meisten offiziellen Festen der Jubiläumswoche auffällig fern gehalten hat. Und das geht unzweifelhaft über das Gebiet des Persönlichen hinaus. Dies erklärt sich nur aus Differenzen zwischen den Regierungen beider Länder. Worin bestehen diese? Die Episode des Kräger-Telegramms ist längst vergessen, und die Komödie der südafrikanischen Enquete hat politisch nur geringe Bedeutung. Wenn wir uns nicht sehr täuschen, liegt der Grund der Erkaltung in dem Verhältniß der deutschen Reichsregierung zu Rußland, und zwar speziell darin, daß die deutsche Regierung ihrem zweiten Dreibund gemäß mit sehr großem Eifer die russische Politik in Asien gegen England und

*) Was der Engländer „Engineer“ nennt, umfaßt nicht nur bestimmte Arbeitszweige des Maschinenbaus, sondern Mechaniker aller Art.

Japan unterstützt. An der Thatsache ist kein Zweifel. Was in dieser Hinsicht von unterrichteten Engländern positiv behauptet wird, findet in der Haltung der deutschen Regierung seine vollste Bestätigung. Und wenn wir bedenken, daß in Asien sich offenbar Ereignisse von entscheidender Tragweite vorbereiten, Ereignisse, welche die Gefahr eines Weltkrieges nahe rücken, dann sehen wir auch, daß es für das deutsche Volk von höchstem Interesse ist, über die Beziehungen der Reichsregierung zu England volle Klarheit zu haben.

Das Festhalten Deutschlands an Rußland, wenn dieses in Konflikt mit England kommt, würde mit fast absoluter Gewißheit die Lösung Frankreichs von Rußland und die Allianz Frankreichs mit England zur Folge haben, und Deutschland hätte als Büttel des Jars für die russische Anthe und den chinesischen Boyk zu kämpfen.

Das ist eine Rolle, zu der das deutsche Volk sich nimmermehr hergeben darf. Und die Gefahr, daß diese Rolle uns zugemuthet wird, rückt in unheimliche Nähe.

Ein Post-Programm. „Post“ und „Kreuz-Zeitung“ entwerten eine ganze Liste von Vorschlägen zur „Reform“ des Postwesens. Die „Reform“ soll darin bestehen, daß die Post „rentabler“ gemacht werden soll, daß sie mehr Ueberschüsse für den armen, viel Geld benötigenden Staat bringen soll. Und nicht nur die Post soll Ueberschüsse bringen, sondern durch Ueberbelastung der Post soll auch die Eisenbahn einträglicher werden. Es soll die Vergünstigung, welche die Post bei der Beförderung der Brief- und Päckel sendungen durch die Eisenbahn erfährt, aufgehoben werden. Zum Ausgleich dafür soll der Posttarif verteuert, die Gebühren für Geldbesuchen und Telephon-gespräche erhöht, die 50 Pf. Päckel sendungen ebenfalls verteuert und endlich am Beamtenpersonal gespart werden.

Ein heiteres Programm, das da die Meister aller reaktionären Künste an die Adresse des neuen Generalpostmeisters richten! Hoffen sie, daß der Czarrenoffizier in hohem Maße alles das niederreißt, was Stephan mit vorwärts gerichteten Geist aufgebaut hat?

Daß die Männer der „Post“ und „Kreuz-Zeitung“ solches dem Herrn v. Poddiecki auch nur zutrauen, erscheint sehr charakteristisch. Die Leute kennen den neuen Postbesitzer, er ist ihr Parteifreund und Geistesverwandter.

Das wäre ja noch eine besondere Beschönerung zu all dem anderen reaktionären Spul, der heuer drohend aufsteigt, wenn auch „das Zeitalter des Verkehrs“ umgekehrt werden sollte, wenn statt Fortentwicklung des Verkehrs Erschwerung und Unterbindung die Parole der Postverwaltung sein sollte, wenn statt der so notwendigen Verbesserung der sozialen Lage der Postfänger Ersparnisse an Personal und Kosten herausgeschunden werden sollten! Wenn Herr v. Poddiecki solchen Mitt zu reiten versuchen wollte, so möge er sich nur hüten, daß nicht Kopf und Weiler bald mit zerbrochenen Gliedern im Graben liegen. Denn solche Mißwärtserien erträgt selbst das dicke Blut des deutschen Spießbürgers nicht!

Des Reichskanzlers Palais auf der Brienerstraße in München wird von geschäftigen Händen in stand gesetzt, anscheinend zu dauernder Benutzung. Auch des Kanzlers Sohn sieht sich nach einem Heim in München um.

Fürst Hohenlohe's Namen steht unter dem Gesetz, welches den bayerischen Militär-Strafprozess regelt. Fürst Hohenlohe hat versprochen, daß er den Militär-Strafprozess für das Reich im Sinne moderner Rechtsanschauungen durchzuführen wolle.

Aber bisher konnte er sein Versprechen noch immer nicht halten. Und jetzt wird sicher, daß wiederum das Militärcabinet des Kaisers den Hohenlohe'schen Anschauungen in dieser Frage abgeneigt ist und hindert in den Weg tritt.

Wird der Kanzler hieran Schiffbruch leiden? Will er sich „einen guten Abgang“ sichern?

Leopold von Belgien, der Koburger, der bei „seinem Volke“ schon lange Einfluß und Ansehen verschert hat, sucht im Auslande seinen Leumund wiederherzustellen. Während die belgischen Zeitungen mit ihm ihr lustiges Spiel treiben, will er im Nachbarlande ernst genommen werden, und diejenigen, welche dem gekrönten Kongogründer diesen Gefallen nicht thun wollen, zieht er vor das Richtertribunal. Er hat gegen die Redakteure zweier sozialdemokratischer Blätter Strafantrag gestellt. In Hamburg ist der Prozess noch nicht entschieden. Aus Schweden wird telegraphirt, daß unser Parteigenosse Feldmann, Redakteur des „Proletarier aus dem Culengebirge“ heute zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt worden ist wegen Leopold-Belaidigung. Die beantragte Beweiserhebung wurde abgelehnt. Wir werden, sobald uns nähere Details des Prozesses vorliegen, darauf zurückkommen.

Aus Indien lauten die Nachrichten noch immer bedrohlich. Nach einer Heuter'schen Depesche aus Kalkutta ist die Lage fortwährend unruhig, und sollen bei den Zusammenstößen in Lschitpur und Purnah 600 Menschen das Leben verloren haben.

Während die englischen Blätter zwar den Ernst der Situation zugeben aber jede Möglichkeit eines Aufstands im großen Stile bestreiten, malen die russischen Blätter die Dinge grau in grau. Die „Noroje Wremja“ meint zwar, daß England heute „zehmal so viel Macht in Indien“ hat, als 1857, aber sie hält doch einen allgemeinen Aufstand für nicht unwahrscheinlich. Und das ist so ziemlich das Urtheil aller russischen Blätter, bei denen der Wunsch zweifellos Vater des Gedankens ist. Wenn man nun bedenkt, daß die russische Presse von der Regierung ganz direkt abhängig ist und daß die russische Regierung seit Jahrzehnten daran arbeitet, die Nachsicht der Engländer in Indien zu untergraben, so erkennt man in diesen Zeitungskartellen das gegenwärtige Ziel der russischen Politik.

Die Vorkämpfer in Konstantinopel waren einmal mehr zusammen. Ein Resultat ist nicht erzielt. Dafür gab es an mehreren Stellen kriegerische Erscheinungen und Unruhen.

Die „Times“ erfahren aus Athen vom 4. d. M., nach Meldungen aus Aeta fahren die Larzen fort, ihre Truppen an der Grenze entlang und in der Nähe des Golfes von Ambrakia zu verfahren; bei Zymare und anderen Aeta beherrschenden Punkten seien schwere Geschütze aufgestellt. Nach einer Meldung desselben Blattes aus Athen vom 5. d. M. richtete die griechische Regierung an die Gesandten der fremden Mächte eine Note betreffend der angeblichen Ausschreitungen der Larzen in Epirus.

Aus Athen meldet die „Agence Havas“: Bei einem heftigen Zusammenstoß, welcher gestern im Piräus zwischen bestrunkenen russischen Matrosen und Einwohnern stattfand, erlitt der russische Offizier von Melissoff, ein Sohn des Votschastfers, bei dem Versuch, den Streit zu schlichten, ziemlich schwere Verletzungen. Die türkischen Truppen haben nach einer Salvägerei mit den Einwohnern Kolambaka, im Norden von Thessalien, beschl.

Deutsches Reich.

— Ich habe die Geschäfte des Staatssekretärs des Reichs-Postamts übernommen. v. Poddiecki. — Mit dieser Amtübernahme ist die „Post“ in die Hände von Poddiecki übergegangen. — Mit dieser Amtübernahme ist die „Post“ in die Hände von Poddiecki übergegangen. — Mit dieser Amtübernahme ist die „Post“ in die Hände von Poddiecki übergegangen.

— Die Meldung, daß Unterstaatssekretär Fischer einen halbjährlichen Urlaub genommen habe, wird wider-rufen. Nach soll es nicht richtig sein, daß Dr. Fischer sein Amt aufgeben will. Man hat ihm von offiziöser Seite höchst Honig auf den Mund geschmiert, und auch die für seinen neuen Chef nicht gerade schmeichelhafte Vorstellung scheint eine Rolle gespielt zu haben, daß Fischer regieren, Poddiecki repräsentieren würde.

— Die Verhandlungen zwischen den Bäckern und Agrarern sollen wieder aufgenommen werden. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat an die Delegirten des Vereins Berliner Getreide- und Producentenhandels Einladungen ergehen lassen, am Sonnabend dieser Woche 11 Uhr im Provinzial-Landtag zu erscheinen, um die seiner Zeit so jäh unterbrochenen Verhandlungen fortzusetzen.

Auf diese Aufforderung hin hat der genannte Vorstand heute beschloffen, auch seinerseits wieder in die Verhandlungen einzutreten. Jedoch wurden die für die Berathung delegirten Herren strikte beauftragt, prinzipiell von dem bisher eingenommenen Standpunkt in keiner Weise abzuweichen. Die Delegirten werden demnach, so lautet der gefasste Beschluß, daran festhalten, daß der Vorstand der Producentenbörse ausschließlich aus der freien Wahl der Mitglieder des Producentenmarktes hervorzugehen hat, wobei es freilich nicht ausgeschlossen ist, daß auch Landwirthe, aber nur insofern sie der Korporation der Berliner Producentenhandels angehören, durch das Vertrauen ihrer Kollegen in den Vorstand der Berliner Producentenbörse gewählt werden können. Es wurde weiter betont, daß die Frage der Zusammenfassung des Börsenverbandes allein eine Garantie für einen Wiederaufbau der Börse nicht gewähren würde. Ein Ausgleich wird nur dann als erzielt zu betrachten sein, wenn gleichzeitig Garantien geschaffen werden, die dem Handelsstande eine ungehinderte Entfaltung seiner legitimen geschäftlichen Thätigkeit bleibend ermöglichen.

— Die Privilegienwirthschaft der Apotheken. Im neuesten Jahrgang des „Statistischen Jahrbuches“ für das Deutsche Reich werden, wie die „Frankf. Ztg.“ anführt, die Ziffern der Ärzte und Apotheken für die Jahre 1887 und 1896 mit einander verglichen im Verhältnis zum Flächeninhalt und zur Bevölkerung des Reiches. Am Beginn und Endpunkt dieses zehnjährigen Zeitraumes entfielen auf einen Arzt je 84,18 bzw. 82,80 Quadratkilometer, ihre Zahl hat sich also im Verhältnis zum Flächenraum sehr beträchtlich vermehrt. Dagegen kamen auf eine Apotheke in der gleichen Periode 115,51 bzw. 103,92 Quadratkilometer, deren Zunahme war also eine geringere, trotz der an sich kleineren Zahl. Allein viel schlimmer verhält es sich mit dem Vergleich zur Einwohnerzahl. Auf einen Arzt entfielen im Jahre 1887 je 2981, dagegen im Jahre 1896 nur je 2187 Einwohner, auf eine Apotheke aber je 10 012 bzw. 10 082. Danach hat die Zahl der Ärzte relativ zugenommen, während im Verhältnis zur Bevölkerung die Apotheken abgenommen haben. Schon daraus ist zu entnehmen, wie das herrschende Monopolisierungs-system unfähig ist, dem natürlichen Anwachsen der Bevölkerung zu folgen, wobei zu bemerken ist, daß die gesammte Arbeiterversicherung, insbesondere das Krankenversicherung-Gesetz, den Apotheken eine Rundschaft zugeführt hat, die früher nicht existirt in dem Maße vorhanden war, verordnet noch die Krankenkassen im Jahre 1895 nicht für weniger als 18,1 Millionen Mark Arzneien! Die Vermehrung der Zahl der Apotheken ist keine gleichmäßige. In Preußen entfielen innerhalb der betrachteten Periode auf eine Apotheke je 11 184 beziehungsweise 10 917 Einwohner, es ist also immerhin eine leichte Zunahme der Apotheken zu konstatiren. In Berlin ist das Verhältnis der Einwohnerzahl zu den Apotheken sogar von 18 845 auf 11 085 gesunken. Allein die Westprovinzen weisen eine Abnahme auf. Ebenso fällt alle anderen deutschen Bundesstaaten, an deren Spitze Neuss ältere Rinte marschirt, woselbst nicht weniger als 16 897 Einwohner auf eine Apotheke kommen, auch in Hamburg sind es noch 12 171 und wuchs deren Zahl um fast 9000 an. Wenn wir nun erfahren, daß in der letzten Zeit alljährlich gegen 600 Apotheker approbirt wurden, während die Vermehrung der Apotheken etwa je 60 betrug, wird das Reformbedürfnis um so einleuchtender.

Doch für solche bringenden Reformen hat man bei uns keine Zeit; auf ein Knebelgesetz verwendet man dagegen gut und gerne ganze Monate.

— Frömmigkeit auf Kommando. Die „Frankfurter Zeitung“ theilt folgenden Münchener Erlaß mit:

„Fronleichnamspredigt. München, 14. Juni 1897. Anzufolge höchster Ministerial-Entscheidung vom 11. Juni 1897 Nr. 5689 I wird hiermit bekannt gegeben, daß Seine Königliche Hoheit der Prinzregent der am 17. Juni l. J. stattfindenden Fronleichnamspredigt Allerhöchste Selbts beiwohnen werden und zu bestimmten hierbei möglichst zahlreich erscheinen. Die Herren Beamten versammeln sich in Uniform früh 9 1/2 Uhr in der Metropolitankirche zu N. S. Frau. Das unterhabende Personal ist hiervon sofort mit dem Bemerkten zu verständigen, daß zahlreiche Theilnahme gewünscht wird. Die Uniformbesitzenden und sich nicht beteiligenden Herren haben dies umgehend unter Angabe des Grades anzugeben.“ So werden Beamte ähnlich wie die Soldaten zu religiösen Uebungen angehalten. Daß da von freiwilliger Religiosität und wirklicher Andacht nicht mehr die Rede sein kann, ist klar.

— Unzufriedenheit bei den Richtern. „Im allgemeinen“ so schreibt die „Köln. Ztg.“, herrscht in den richterlichen Kreisen eine tiefliegende Verstimmlung über ihre Nichtgleichstellung mit den entsprechenden Stellungen der Ressorts des Innern, der Eisenbahn- und Finanzverwaltung. Die Bevorzugung der letzteren äußert sich, abgesehen von dem höheren Höchsthalt und persönlichen Zulagen, auch darin, daß das im Richteramt erst nach 28 Jahren 11 Monaten erreichte Höchsthalt in den anderen Ressorts nur fast acht Jahre früher erreicht wird. Ist es wesentlich dank den von den Konservativen hinter den Konflikt wie im Abgeordnetenhaus beibehaltenen Bemühungen gelungen, den richterlichen Beruf in der Gehaltsfrage zurückzudrängen, so macht das einen gewissen Unmuth begreiflich.

Am wie viel mehr Grund zur Unzufriedenheit haben aber die unteren Gerichts- und sonstigen Staatsbeamten, sowie die Arbeiter im Staatsdienst. Doch für diese alle gab und giebt es im preussischen Landtag keinen energiegelassen Fürsprecher.

— Das Sesam-Öl, welches nach den Ausführungsbestimmungen zum Margarinegesetz der Margarine zu mindestens einem Zehntel, dem Margarine-Räse zu mindestens einem Zwanzigstel der dabei verwandten Fette und Oele zugefetzt werden muß, ist nicht ein bezüglich seiner gesundheitlichen Einwirkungen zweifelhafter fremder Zusatz, sondern ein Stoff, der in der Margarinefabrikation ohnehin bereits Verwendung findet. Ueberdies ist Sesam-Öl, das aus dem Samen des Sesamkrautes gepresst wird, wohlgeschmeckt.

Der Nachweis, daß Sesam-Öl vorhanden ist, kann auch von Laien vorgenommen werden, da es beim Zusammenstreifen mit Kobaltzucker und Salzsäure oder Schwefelsäure eine rothe Färbung giebt. Kobaltzucker und Salzsäure sind leicht erhältlich. Unter diesen Umständen erscheint aber die Bestimmung des Gesetzes bezüglich der Trennung der Verkaufsräume, welche am 1. April 1898 in Kraft treten soll, als gänzlich überflüssig.

— Weißliche. In Garzburg hat am letzten Sonntag eine Versammlung der Vertrauensmänner der (weißlichen) Vaterländischen Vereinigungen stattgefunden, die beschloß, die braunschwelgischen Landtags-Abgeordneten zu ersuchen, die Thronfolge-Frage in Fluß zu bringen. Die Versammlung war von 114 Personen, darunter zahlreichen Beamten, besucht. Man nahm in Aussicht, später dem Landtage selbst eine Petition zu unterbreiten und ihn zu ersuchen, um Aufhebung des bekannten Bundesrats-Beschlusses bei der Landesregierung vorstellig zu werden, da die Voraussetzungen derselben (in Bezug auf die Behinderung des Herzogs von Cumberland an der Ausübung der Regierung über Braunschweig) jetzt nicht mehr beständen; ferner sollte man eine Resolution, nach der bei den in diesem Herbst stattfindenden Landtagswahlen „möglichst viele entschiedene Anhänger des angeklammerten Herrscherhauses gewählt werden sollen“, wobei man es aber den einzelnen Wählerkreisen überlassen wolle, je nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in dieser Richtung thätig zu sein.

Die Weissen können sich noch immer nicht an den Gedanken gewöhnen, daß in der Politik Macht vorangeht.

— Getha, 6. Juli. (Eig. Ber.) Das Ministerium Strenge kann bald die Strophe „an Ehren und an Siegen reich“ so variiren: „an Mißerfolg und Niederlagen reich.“ Heute beschloß der Landtag trotz energischer Gegenwehr des Herrn v. Strenge einstimmig, eine unter seiner Verwaltung ohne Zustimmung des Landtags vorgenommene Veräußerung eines Theiles der Domänen entschädigen zu müssigen und für ungesetzlich zu erklären. Das Domänenamt war bis 1855 Staatsgut, wurde dann von einem schadhaften Landtag an den Herzog abgetreten, welcher aus dem Ertrag 800 000 M. bezog. Von dem überschüssigen Betrag stieß dem Herzog noch die eine Hälfte zu, die andere Hälfte in die Staatskasse. Der Ertrag belief sich bis jetzt durchschnittlich für das Herzogthum Getha auf eine Million, geht aber infolge verkehrter Wirtschaft zurück. Die Regierung ist gesetzlich verpflichtet, bei Veräußerungen von Domänenstellen über 1500 Mark Werth die Zustimmung des Landtags einzuholen; sie behauptet aber jetzt schlaunweg, den Erlös im Interesse der Domänen zu verwenden, wie es ihr beliebt, während der Landtag energisch das Gegenheil behauptet. v. Strenge fürchtet, wie er merken ließ, nicht den Konflikt, der Landtag thut dasselbe. Das herzogliche Haus verheißt sich damit die ganze Sympathie, was wir nicht zu beklagen haben.

— Die süddeutschen Konsumvereine hielten in Gmünd (Württemberg) ihren Verbandstag ab. Bezüglich der neuen Novelle zum Genossenschaftsgesetz, welche den Verkauf an Nichtmitglieder verbietet, wurde festgestellt, daß sie einen Schlag ins Wasser bedeute. Dem Verbands gehören 50 Genossenschaften mit einer Mitgliederzahl von 45 071 Personen an. Der Verkaufserlös betrug in abgelaufenen Jahre einschließlich der Lieferantenumsätze rund 17 000 000 M., der Reinertrag 1 500 000 M., wovon den Mitgliedern 1 490 000 M. als Dividenden überwiesen wurden, während zum Reservefonds 80 000 M. und zu Werkstättensparnissen 20 000 M. verwendet worden sind. Mit scharfen Worten wandte sich auf dem Verbandstage zu Gmünd der Anwalt der süddeutschen Konsumvereine gegen die Umwandlung der Konsumvereine in Aktiengesellschaften. Die letzteren würden eben „Kapitalgesellschaften“, während bei der Genossenschaft gerade das soziale Element darin liege, daß jedes Mitglied, ob Gebetmüßig oder Arbeiter, eine Stimme habe und gleichberechtigt sei. Um übrigens wurde stark über die Verfolgungen geklagt, welche die Konsumvereine zu erdulden hätten.

— In Elsaß-Lothringen haben die Parteien mit den Vorbereitungen für die am 1. August stattfindenden Bezirks-tags-Wahlen begonnen. Im ganzen sind 31 Bezirks-tags-Abgeordnete zu wählen. Von dem Ausfall dieser Wahlen hängt zum Theil die künftige Zusammensetzung des Landesauschusses ab, für den die drei Bezirks-tage 84 Abgeordnete zu wählen haben. Dies erklärt den Eifer, mit welchem die bis jetzt im Landesauschuss nur vereinzelt vertretenen Sozialisten und die noch gar nicht vertretene sozialdemokratische Partei sich in den Wahlkampf stürzen. In Straßburg hat unsere Partei wiederum den Genossen Böhle aufgestellt.

— Ein Polizeireich. Aus Köln wird der „Frankf. Ztg.“ wie folgt berichtet:

Großes Ansehen erregt in der Bürgerschaft die irrige Verhaftung einer Dame durch einen Schuttmann, der eine Klamme abhalten sollte. Er schleppte die Dame von einer der belebtesten Straßen hinweg zum Polizeibureau. Das zu Tode erschrockene Fräulein ging auch mit; sie hoffte, es werde sich alles auflären, da der Weg zum Polizeipräsidium an dem Hause ihrer Eltern vorbeiführte. Hier erklärte die Dame dem Beamten, in diesem Hause wohnen ihre Eltern, er solle sich vergegenwärtigen. Sie ging nunmehr nicht weiter mit. Der Beamte ging darauf nicht ein und als die junge Dame sich zur Wehr setzte, wurde sie von dem Schuttmann und zwei hinzugekommenen Kollegen schwer mißhandelt. Die herbeieilende Mutter der Dame wurde von dem Beamten zurückgestoßen, ebenso erging es einer größeren Ansammlung von Personen, die sich der jungen Dame annehmen wollten. Der Vorgang erregte einen großen Massenauflauf. Dem inzwischen hinzugerufenen Vater gelang es nur schwer, aus dem Polizeipräsidium seine Tochter ausgeliefert zu erhalten. Die junge Dame liegt erkrankt darnieder und hat die Sprache verloren. Der Arzt fürchtet für ihr Leben. Der Vater hat bei der Staatsanwaltschaft wegen thätlicher Beleidigung Strafantrag gestellt.

— Chronik der Majestätsbeleidigungen. Vor der Strafkammer in Mulsdorf wurde heute gegen den Redakteur unseres Saalfelder Parteiorgans, Genossen Arthur Hofmann wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Der inkriminirte Artikel betraf die Hundertjahrfeier. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monat Gefängnis. Der Rechtsanwalt vertheidigte den Angeklagten in vortheilhafter Weise. Dieser wurde freigesprochen.

Schweiz. Zürich, 3. Juli. (Eig. Ber.) Mit 1. Juli haben nach dem am 27. Juni vom Volke beschlossenen Sittlichkeitsgesetze die Bordelle in Zürich und Winterthur, die zusammen 60 Prostituirte zählten, aufgehört zu existiren. Die ausländischen Prostituirten wurden abgeführt.

— Der Große Stadtrath in Zürich hat beschloffen, daß die Unternehmer städtischer Arbeiten verpflichtet werden sollen, möglichst einheimische Arbeiter zu beschäftigen. Dadurch soll der Ueberschwemmung durch die italienischen Banarbeiter etwas vorgebeugt werden.

Oesterreich-Ungarn.

— Der Erntestreit. Budapest, 3. Juli. (Bericht der Wiener „Arbeiter-Zeitung“.) Im folgenden referiren wir die zuletzt aus dem Nord über den Erntestreit eingelangten Nachrichten: Verhandlungen wurden vorgenommen in Szabadka, Szeceß, Bacsk-Bikity, Tisza-Nürth und Tisza-Szent-György, was natürlich eine wachsende Erregung der Bevölkerung und stellenweise förmliche Empörungen zur Folge hatte. In vielen Orten wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und alle vorgefundenen Flugchriften, Bücher und Drucksorten konfiszirt; all dies soll, der „weisen“ Uebersetzung der vollkommenen Stuhlrichter zufolge, die „Gemüther beruhigen“! Es ist wahrlich zu bunt!

In Tapio-Saly hielten die Schnitter gestern die Arbeit ein, weil die Herrschaft von ihnen auch die Abmähung der Luzerne forderte, was selbst im Vertrag nicht steht. In Melkhat feiern seit gestern hundert Schnitter, die nur in dem Falle weiterarbeiten gewillt sind, wenn sie für eine Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr 1 fl. 50 Kr. Tagelohn bekommen. Hierher wurde bereits drei Winger Gendarmen requirirt. In Bacsk-Bikity meldeten die Arbeiter zwei Veranlassungen an, die jedoch von der Behörde unterjocht wurden. Die Gemüther sind schrecklich erbittert, die Erregung so groß, daß 70 Gendarmen in diese kleine Gemeinde brockert werden mußten. Alle Arbeiterführer wurden verhaftet. In Zatabaza streiken 800 Arbeiter. Sie fordern höhere Löhne und die Aufhebung der Roboterarbeit.

Die Forderungen der Arbeiter wurden bisher in Tapio-Sap und Bacsk-Nadaratz, ferner auf der Gynla-Wegder Besingung des Grafen Stefan Karolyi bewilligt.

— Wien, 6. Juli. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblattes“ aus Teichen wurde in der gestrigen außerordentlichen

Sitzung des Gemeinde-Ausschusses einstimmig beschlossen, die Arbeiten in dem übertragene Wirkungsbereich mit dem 15. d. M. einzustellen. Die versammelten Bürgermeister und Gemeindevorsteher des Teichener Bezirks haben den gleichen Beschluß gefaßt, ebenso nach einer Meldung desselben Blattes 31 Gemeindevorsteher des Trantenauer Bezirks sowie die Stadtvertretung von Krähau unweit Reichenberg. —

Frankreich.

— Von der Grenze Marokko's werden neue Feindseligkeiten gemeldet. Von Oran kommt ein Telegramm, wonach in der Nähe von Marnia die Reiter des marokkanischen Kais' Miran den Sedjana-Stamm, der sich zum Markt nach Marnia begab, überfallen und bis zur algerischen Grenze verfolgt haben, wobei sie dessen Vieh zurückerstolen. Der Sultan von Marokko steht im Begriff ein Heer auszurücken, um die rebellischen Stämme zu bestrafen. —

Paris, 6. Juli. Gerichtsweg verläutet, Queznan de Beaurepaire, der Präsident des Kassationshofes und ehemaliger Oberstaatsanwalt, habe es abgelehnt, vor der Panama-Kommission zu erscheinen. Der Präsident der Kommission wolle wegen dieser Weigerung die Entscheidung der Deputiertenkammer anrufen.

Paris, 6. Juli. Der Kredit von 500 000 Frank für die Reise des Präsidenten Faure nach Petersburg verursachte in der heutigen Kammer Sitzung eine ungemein heftige Debatte. Die Sozialisten bekämpften den Antrag. Ein sozialistischer Abgeordneter sagte, er und seine Freunde würden geschlossen gegen die Vorlage stimmen. Man habe nicht die Republik proklamiert, um der Tyrannei eine Fuldigung darzubringen. (Heftige Proteste auf allen Bänken.) Man solle das Geld nicht verschleudern; man solle es lieber den Armen geben, die in Südfrankreich ruiniert worden seien. Präsident Faure entgegnete, es handele sich um einen Höflichkeit- und Freundschaftsbesuch, der Frankreich glücklich mache. In seiner Protestrede gegen die Vorlage sagte Favrean, die Reise sei eine Folge des Besuchs des russischen Zaren in Frankreich. (Großer Tumult.) Präsident Faure protestierte energisch gegen diesen Ausdruck. Schließlich wurde die Vorlage mit 447 gegen 25 Stimmen angenommen. —

Holland.

Amsterdam, 5. Juli. (Sig. Ver.) Genosse Troelstra hat das Mandat für Tietjerkstraadeel angenommen. In Winthoven und Beuningen werden also neue Wahlen stattfinden. Für letzteren Ort ist unfererseits schon der evangelische Pastor W. Bar Landdirt.

Der Kreis Tietjerkstraadeel, der jetzt sozialdemokratisch vertreten ist, ausschließlich ländlicher Art. Er besteht aus vier großen Gemeinden, jede aus einer Zahl kleinerer Dörfer zusammengesetzt. Die Wähler Troelstra's im ersten Wahlgang sind der Mehrheit nach Landarbeiter, jedoch auch wirtschaftlich herunter gekommene Bauern und Kleinbauern. In der Stichwahl ist ihm dazu das liberale Kleinbürgertum zugefallen.

Auch der Wahlkreis Winthoven ist vorwiegend ländlich, während in Beuningen die Stadt vorherrscht, jedoch auch das platt Land ein beträchtliches Theil der sozialistischen Stimmen geliefert hat. Gewiß sind dies bedeutende Erfolge unserer agrarischen Agitation der letzten Jahre.

Und unsere Aussichten für die Ersatzwahlen sind garnicht düster. Das vierte sozialistische Mandat ist in den Händen eines ehemals „antiparlamentarischen“ Sozialisten, der im alten Wahlkreis des Herrn Neuenhuy's gewählt wurde. Mit dem Antiparlamentarismus ist es natürlich aus. Die Siege unserer Genossen haben in der ganzen holländischen Arbeiterwelt Jubel hervorgerufen und unserer Bewegung mächtigen Vorsubst geliefert. Arbeiter haben gesehen, daß sie etwas erreichen können, wenn sie die Hände nicht in den Schooß legen, und von „Enthaltung“, das heißt politischen Nichtstun darf man ihnen nicht mehr reden. —

England.

London, 5. Juli. Im Unterhaus erklärte der Staatssekretär für Indien, Hamilton, die indische Regierung betrachte die Unruhen in Tschitpur als von rein lokaler Bedeutung. Die Berichte über dieselben seien übertrieben. Der Parlamentsekretär im Kriegsamt Brodrick führte aus, daß alle Operationen am Nils in diesem Jahre von der ägyptischen Regierung geleitet würden und daß keine Absicht bestehe, General Kitchener im Ober-Kommando zu ersetzen. Auf Antrag des Ersten Lords des Schachens Balfour beschloß das Haus, die Regierung zu ermächtigen, aus dem Konsolidierten Fonds die Summe von 600 000 Pfund Sterling für Schiffsbauten zu entnehmen. Die Debatte hierüber wurde auf Wunsch Balfours bis zur zweiten Lesung der Vorlage ausgesetzt. —

Siam.

Bangkok, 5. Juli. Die von Paris aus verbreitete Nachricht von dem Eindringen siamesischer Truppen auf französisches Gebiet und von der Tötung eines Priesters ist gänzlich unbegründet. Man glaubt, daß dieselbe in Umlauf gesetzt wurde, um eine Verimmung zwischen Frankreich und Siam hervorzurufen und auf diese Weise zu bewirken, daß dem König von Siam in Paris ein unfreundlicher Empfang zu Theil werde. —

Amerika.

— Utopische Thorheiten. Der Gewerkschaftsführer Debs, ein sehr konsequenter Mensch, hat wieder einmal den alten utopischen Plan aufgeworfen, durch sozialistische Arbeiterkolonien die soziale Frage zu lösen. Er beweist damit nur, daß er aus der Vergangenheit nichts gelernt hat, und die Anfangsgründe des Sozialismus und der Nationalökonomie nicht kennt. In seiner Naivität hat sich Debs zur Bewerkstelligung seines Planes sogar an den berühmtesten Spekulanten Rockefeller gewandt, der ihn natürlich abfuhr ließ. Unser amerikanischer Korrespondent schreibt uns über den abenteuerlichen Plan:

New-York, 24. Juni. Da hätten wir nun auf einmal, wie im Schlaf gebracht, eine „rein-amerikanische“ sozialdemokratische Partei! Auf der vom 15. bis gestern stattgehabten „Cooperative Commonwealth-Konvention“ in Chicago ward nämlich die Gründung einer Partei beschlossen, welche den Namen „Social Democracy of America“ führen und deren herauszugebendes Organ „The Social Democrat“ heißen soll. Was den Pionieren des Sozialismus in jahrzehntelanger Thätigkeit nur in sehr beschränkter Weise gelungen ist, nämlich die Befestigung des Vorurtheils auch nur gegen jenen Namen, das haben Debs und Genossen im Handumdrehen fertig gebracht! D. h. freilich auch nur bei einem gewissen Theil der amerikanischen Arbeiterbevölkerung, in deren Kreise aber unsere Ideen bisher gar nicht oder nur in sehr verzerrter und verblähter Weise gedrungen sind.

Eine sozialdemokratische Partei ohne — Sozialdemokraten! Denn die paar Leute, welche aus unsern, oder in Bezug auf die sozialistischen Prinzipien und nahe stehenden Kreisen den „Debs'schen Manuel“ mitmachen (so soll das seitens eines Theils der Mitglieder unserer Partisektion in Denver der Fall sein, wie anderntheils seitens der Mitglieder und Anhänger der „Cincinnati-Richtung“), spielen dabei keine Rolle, so wenig wie die letzteren eine solche in der „Peoples Party“ gespielt haben, der sie bis zur letzten Nationalwahl — theilweise noch bis jetzt — als Schwanz dienen.

Ueber die Befestigung der Konvention liegen uns dürftige Nachrichten vor; so die, daß die — wenigen — Delegirten zur Konvention der „Am. Railway Union“, die auf dieselbe Zeit einberufen war, nachdem sie das Ende dieser Organisation konstatirt hatten, nach dem Lokal der Commonwealth-Konvention marschirten und daß sich unter den übrigen Delegirten einige bekannte Persönlichkeiten befanden, wie Ed. Bellamy, Ex-Gouverneur Waite von Colorado, Cy D. Lloyd u. dergleichen. Wie ich die Verichtigung zu machen, daß dies nicht, wie im früheren Bericht irrtümlich angegeben, der Präsident der „Brotherhood of Carpenters u. Joiners“ gleicher Namens ist, sondern ein „sozialistischer“ Millionär und Schriftsteller. Ferner ward vermeldet, daß mehrere sozialistische Delegirten zurückgeblieben worden sind, darunter der bekannte Genosse Thomas Morgan, der ein Mandat des Chicagoer Lokalverbandes der „Socialist Trade and Labor Alliance“ hatte, das aber nicht anerkannt wurde, trotzdem in dem Rufus zur Besichtigung der

Konvention alle Arbeiterorganisationen eingeladen worden waren. Freilich wußte Debs, daß M. in vorhergegangenen Versammlungen sein Projekt recht unbarbarisch vom wissenschaftlich-sozialistischen Standpunkt aus zerstückelt hatte und er hielt wohl „seine“ Leute nicht gefeit vor dessen Argumenten. — Was Debs und seinen Plan noch charakterisirt, ist der Umstand, daß er im Schreiben um Unterstützung der Bewegung an eine der größten kapitalistischen Roubthiers des Landes gerichtet hat, nämlich an den Präsidenten der „Standard Oil Komp.“ Rockefeller, in welchem Schreiben es heißt, daß es in der Bewegung keine Klassenunterschiede gäbe und Arm und Reich in gleicher Weise willkommen seien, um an der „Entthronung des Goldes“ mitzuwirken.

Bemerkenswerth ist, daß die bürgerliche Presse durchaus nicht mit der gewohnten Wuth, die sie sonst bei allem überkommt, was nur nach „Sozialdemokratie“ riecht, über die Bewegung herfällt, sondern derselben nur „spöttlich-mitleidig“ gegenübersteht. Sie verschweigt auch geistlich, daß die wirklichen Sozialdemokraten ihr protestirend gegenüber stehen. Und das thut sie mit gutem Grund: Ist doch als gewiß anzunehmen, daß sie nach dem „Plagen der Blase“ den Mißerfolg als Argument gegen die Bestrebungen der letzteren aufführen wird.

Nach ist zu erwähnen, daß das Projekt in den Kreisen der „konservativen“ Arbeiterführer, denen sonst schon die Nennung des Wortes „Sozialist“ einen Stich versetzt, eine wohlwollende Beurtheilung findet; ist doch in der letzten Sitzung der diesigen Central Labor Union sogar angeregt worden, das angestrebte eigene Lokal (das den Namen „Temple“ führen soll) auf den Debs'schen „Prinzipien“ zu bauen! Freilich soll sich ja die Geschichte „hinten, weit in der Zukunft“ abspielen, nämlich im Staate Washington, und da bleibt also auf abschbare Zeit jenen das Schleppergeschäft für die kapitalistischen Parteien ungeschädelt!

Uebrigens hat man auch am wahrscheinlichsten Schauplatz des Unternehmens keine Angst vor demselben. Der Gouverneur des Staates Washington hat nämlich an Debs mitgetheilt, es werde ihn freuen, wenn die „Social Democracy of America“ ihr Projekt, einen Staat nach dem andern zu sozialisieren, zuerst dort in Ausführung zu bringen versuchen wolle. Land sei reichlich und zu billigen Preisen zu haben, und es bedürfe nur der Arbeit, um aus Wüsten eine Paradiese zu schaffen. Auch habe der Staat durch seine vortheilhaft gelegenen Mästen, an denen sich neben den schon vorhandenen Häfen noch weitere für den Handel mit den asiatischen Ländern anlagern ließen, eine große Zukunft vor sich. Daß auf die „Paradiese“ — wenn sie fertig sind — sehr bald schon die kapitalistischen Götzen, hinter denen die Machthaber des ganzen Landes stehen, ihre Tugden legen könnten, ist freilich nicht in Rechnung gezogen! —

Partei-Nachrichten.

Ueber die Frage der Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen referirte in einer gut besuchten Versammlung in Bremerhaven der Genosse Schmalefeld. Er sprach sich gegen die Theilnahme aus; ein bindender Beschluß wurde nicht gefaßt. In der Diskussion sprach man sich dafür aus, daß den Delegirten in dieser Frage keine gebundenen Mandate gegeben werden dürfen.

Ein Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein, die freie Hansestadt Hamburg, das Fürstenthum Lübeck und das Herzogthum Lauenburg ist auf den 5. September nach Neumünster einberufen. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht-erstattung und Abrechnung der Agitationskommission. 2. Bericht-erstattung über die Presse. 3. Stellung zu den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen. 4. Stellung zur bevorstehenden Reichstagswahl. 5. Beratung und Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge. 6. Wahl der Sige der Agitations- und Pressekommissionen.

Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Altona-Isertal findet am Sonntag, den 12. September, morgens 10 Uhr, in Läden-scheld beim Reich St. Nikolai statt. Vorläufige Tagesordnung: Bericht der Vertrauensmänner, Organisation, Agitation, Presse, die Landtagswahl, die Reichstagswahl, Wahl eines Delegirten zum deutschen Parteitag, Wahl eines Kreisvertrauensmannes.

Aus Offen wird uns geschrieben: Im hiesigen Wahlkreis zerbrechen sich die Leiter der national-liberalen Partei — besser wohl der freisinnigen, da von National-liberalismus hier nichts zu merken ist — den Kopf, wer wohl von den Sozialdemokraten bei der nächsten Reichstagswahl als Kandidat aufgestellt werden wird. Wie uns versichert wird, glaubt man in den Kreisen der Fabrikanten und Bodenbesitzer nicht daran, daß wir an der Kandidatur Ludwig Schröder's festhalten. Ein bekannter hiesiger Führer der Unternehmerrpartei sprach von der „nielosen Demonstration“ im Hinblick auf Schröder's Aufstellung. Wir können nur versichern, daß heute, nachdem der Antrag auf Wiederaufnahme des Schröderprozesses abgelehnt ist, mehr als je an dem „Zuchthäusler“ festgehalten werden wird. Wir wissen ganz gut, daß die Stimmen, die auf den „Zuchthäusler“ fallen, sofort unglücklich sind, aber was schadet das? Gerade soll die heutige Jurisprudenz sehen, wie man über den Offener Spruch im Volke denkt. Unsere Stimmenzahl wird ganz bestimmt sehr anschwellen, denn bis weit in die Bürgerkreise hinein hält noch heute die Enttäuschung über das Urtheil im Reineidsprozeß an.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Das seltsame Glück, einen Preispruch zu erzielen, ist dem Genossen Korn, Redakteur der „Kleinen Volkszeitung“, zu Theil geworden. Er sollte den Verwalter des Heidbrömer Werkhäuses Ostermann beleidigt haben durch eine Notiz, in der derselben vorgeworfen wurde, einen 30jährigen blödsinnigen Junsassen mißhandelt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, da der Wahrheitsbeweis erbracht sei.

VII. Generalversammlung des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands.

Hamburg, den 5. Juli 1897.

In der Nachmittags-Sitzung, die in der Bericht-erstattung der Delegirten über den Stand der einzelnen Mitgliedschaften fortgesetzt. Der Hohenburger Delegirte schildert in längerer Ausführungen die recht traurigen Arbeitsverhältnisse in seinem Heimathafen. Der Flensburger Delegirte theilt mit, daß die Zahl der Mitglieder in kurzer Zeit bedeutend gestiegen sei. Die Löhne schwanken zwischen 40 und 60 Pf., jedoch sei die Alfordarbeit vorherrschend. Die Arbeitszeit sei auf 10 bzw. 10 1/2 Stunden bemessen. Der Durchschnittslohn der dortigen Kollegen betrage pro Jahr 700 bis 800 M. Der Dresdenener Delegirte gab an, daß die Arbeitszeit auf 11 Stunden festgelegt sei. Der Vertreter von Geestmünde führt aus, daß in Geestmünde hauptsächlich die Fischereiarbeiter organisiert sind. Es seien deren etwa 140 bis 160 beschäftigt gegen einen Wochenlohn von 18 M. an. Ueberstunden würden nicht bezahlt. Manchmal dauere die Arbeit bis um und nach Mitternacht. Ueber die Verhältnisse in Schönebeck a. S., wo die zur Zeit des Hamburger Streiks gegründete Mitgliedschaft schon etwa 200 Mitglieder hat, berichtet der Delegirte, daß selbst die besten Arbeiter bei gänzlich unbeschränkter Alfordarbeit nicht mehr als 900 bis 1000 M. verdienen können, so niedrig seien die Alfordlöhne. Der Delegirte von Darbuz schildert, wie die Darbuzer Hafenarbeiter, um die Havelstädter Hamburger zu unterstützen, ebenfalls in den Streik hätten eintreten müssen. Die Organisation habe gewonnen. Zur Zeit befänden sich noch acht Kollegen im Gefängnis, welche 42 Monate zu verbüßen hätten. Hierdurch würden die Darbuzer Hafenarbeiter stark belastet. Hierauf erstatten die Hamburger Delegirten ihre Berichte, welche neues für unsere Leser nicht bieten, da wir über die Arbeits- und Lohnverhältnisse im und am Hafen während und nach dem Streik ausführlich berichtet haben. Mit dem Bericht der Flussschiffer ist das Ende der festgesetzten Verhandlungszeit eingetreten. Es erfolgt die Vertagung auf morgen früh 7 Uhr.

Hamburg, den 6. Juli 1897.

Bei Beginn der heutigen Verhandlung nimmt zunächst ein Vertreter der Getreide-Arbeiter das Wort, um die Verhältnisse in seiner Berufsgruppe darzulegen. Der Vertreter der Arbeiter vom Staatsquai theilt mit, daß die Mitgliederzahl nach dem Streik erheblich zurückgegangen ist. Viele von den alten Quaiarbeitern haben keine Beschäftigung am Quai erhalten und müssen sich anderen Berufen zuwenden. Vor langer Zeit hat die Quaiverwaltung versprochen, die Alfordlöhne am Quai zu erhöhen. Zu Tagelohn hat man sich noch immer nicht verstehen können. Viel zu wünschen lassen die Sicherheitsmaßregeln am Quai. Es kommen sehr viele Unfälle vor. Wir haben jetzt in unserer Organisation des Obmanns-system eingeführt und dürfen hoffen, allmählich auf den alten Stand zu kommen. Verschiedene fremde Delegirte drücken ihre Verwunderung darüber aus, daß in einem Staatsbetriebe, besonders für die unregelmäßig beschäftigten Hilfsarbeiter, so überaus traurige Lohnverhältnisse bestanden haben und zum guten Theile noch bestehen. Der Vertreter der Arbeiter vom Amerika-Quai kann auch nur einen Bericht über traurigen Inhalts über den Stand seiner Mitgliedschaft, die durch Maßregelungen nach dem Streik arg geschwächt ist, erstatten. Die Lohnverhältnisse am Amerikaquai sind weitaus schlechter als am Staatsquai. Der Vertreter der Kesselreiniger: Die Kesselreiniger werden in Hamburg schlechter bezahlt als die chemischen Kulis. Ein Wochenverdienst von 11 M. ist sehr hoch. Und von diesem erbärmlichen Hundelohn werden uns auf Grund einer rigorosen Arbeitsordnung noch große Abzüge gemacht. Es kommen Abzüge von 50 bis 60 Prozent vor. Entgegen den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung seien die Arbeiter zur Ausarbeitung der Arbeitsordnung nicht hinzugezogen. Ein Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie, die die Kesselreinigung in eigener Regie habe, habe in einer Sitzung mit der Senatskommission erklärt, die Kesselreiniger hätten über 1100 verdient, wie die Lohnlisten auswiesen. Das ist jedoch nicht wahr, sondern nur wenn die Arbeit eine regelmäßige sei, könnte soviel verdient werden. In Wirklichkeit würde weitaus weniger verdient, ungefähr 800 bis 900 M. Wenn die Kesselreiniger dem letzten Streik auch ebenfalls wie 1892 mit dem Streik hineingefallen wären, sie träten Streik, und so auch jetzt wieder mit Forderungen an die Arbeitgeber heran. Ein Delegirter fährt noch aus, daß die Kesselreiniger von früherster Jugend an in den gesundheitsgefährlichsten Betrieben arbeiten müssen und nur ganz vereinzelt ein Alter von 35 Jahren erreichen.

In längerer Rede schildert der Vertreter der Maschinenisten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinenisten, Kabinenführer und Donkenteiler. Im ganzen seien 693 Personen auf dem Wasser beschäftigt. Vor dem Streik gehörten nur 60 dem Verbands an, während desselben 189, jetzt 120. Von den in den Streik eingetretenen 140 Kabinenführern seien nach dem Streik nur 10 eingestuft worden. Von 88 Donkenteilern stellten 41 die Arbeit ein; nur 22 von diesen sind wieder eingestuft worden. In keinem Verhältniß liege der Lohn zu den Leistungen der von ihm vertretenen Branchen. Die Donkenteiler erhielten oft Strafmandate wegen Verfehlungen, Strafmandate, welche eine Höhe bis zu 60 M. erreichten und welche darauf zurückzuführen seien, daß es die Unternehmer unterließen, Fehler an Kesseln etc. zu beseitigen. Oft werde vom Unternehmer gesagt: „Haltet man noch weiter, es geht wohl noch.“

Der Vertreter der Hamburger Schauerleute entwirft ein anschauliches Bild von der Lage ihrer Kollegen. Die Zahl der der Organisation angehörenden Schauerleute betrage 8000, während zur Zeit des Streiks 4800 aufgeführt wurden. Ueber die Unfälle im Hafen kümmere man sich wenig. Kleinere Unfälle, wie Arm- und Beinbrüche habe man nicht auf Rechnung. Auf die Ursache dieser bedauerlichen Unfälle gehe man nicht ein. In einem Falle sei es sogar vorgekommen, daß ein Mann abends in den Raum gefallen und am anderen Morgen dort todt aufgefunden worden sei. Dies könnte, wenn entsprechende Einrichtungen geschaffen würden, doch nicht vorkommen. Seit fünfzehn Monaten werde untersucht und berathen, jedoch sei bis jetzt noch nichts Erprobliches für die Arbeiter herangeföhrt. Ein anderer Vertreter der Schauerleute hat, um den Lohnschwund ins rechte Licht rücken zu können, Ermittlungen über die Höhe der Löhne angestellt. In diesem Zweige hat er den Durchschnittsverdienst berechnet, welchen 9 Gänge à 6 Mann während der letzten vier Jahre hatten. Nach dieser Rechnung kommt auf den Mann im Jahre 1893 ein Verdienst von 1141,40 M., 1894 916,10 M., 1895 1289,50 M., 1896 1451,50 M. Die Wichtigkeit dieser Berechnung ist von einem Vertreter der Kohlenimporteure in einer Sitzung mit der Senatskommission anerkannt worden. Die Erhebungen beziehen sich auf die Lohnverhältnisse der sogenannten schwarzen Schauerleute. Die Auszahlung des Lohnes erfolge nach wie vor in den Wirtschaften. Man könne behaupten, daß auf diesem Gebiete nichts gethan worden sei, ja, daß sogar die Mißstände größer wurden.

Der Mannheimer Delegirte erklärt, er habe die dortigen Verhältnisse nicht in einem rosigem Lichte geschildert.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Au die Zimmerer Deutschlands. Welche Kameraden! Seit dem 6. Juli besuden sich die Zimmerer Berlin's und die der Vororte von neuem im Kampf um die Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Versuche, neben der neunstündigen Arbeitszeit den Stundenlohn von 60 Pf. auf gütlichem Wege einzuföhren, scheiterten an der Palstrarigkeit der Unternehmer, welche mit allen Mitteln versuchen, Arbeitskräfte aus den Provinzen nach Berlin zu locken, um uns zum Nachgeben zu zwingen. Berufsgenossen, die Unsicherheit unserer Existenz, die von Jahr zu Jahr größer werdende Arbeitslosigkeit in unserem Beruf, hervorgerufen durch die neue Berliner Bauart, veranlaßte uns, diesen Schritt in diesem Jahre zu unternehmen, da vielleicht die Möglichkeit in den nächsten Jahren nicht vorhanden ist. Wer aber die Verhältnisse einer Großstadt kennt, wird wissen, daß dieser Lohnfuß den drücklichen Verhältnissen nicht nur entspricht, sondern zur Erhaltung einer Familie unbedingt notwendig ist. Kameraden! Wir erwarten vorläufig von Euch keine materielle Unterstützung, sorgt aber dafür, daß der Zug nach Berlin ferngehalten wird, merdet Berlin auf einige Wochen, best die Anschläge des Unternehmertums durch Fernhaltung des Zuges zu schanden machen und der Sieg ist unser. Die Lohnkommission der Zimmerer Berlin's und Umgebung. J. A. Theodor Fischer, Berlin O., Grenadierstr. 33. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Zur Bergarbeiterbewegung im Menschlicher Gebiet wird und geschrieben: Auch unter den hiesigen Bergarbeitern regt es sich infolge des Borgebens der Bergarbeiter in den Nachbargebieten, doch wird es hier jedenfalls nicht zu einem Streik kommen. Eins am Sonntag, den 4. Juli, feiertagliche übervoll besuchte Versammlung beschloß nach einem Referat des Bergmannes Dirsch aus Weidau, den Grubenverwaltungen Forderungen vorzulegen. Dieselben sind ähnlich denen der Bergarbeiter des Bezirkes Zeitz-Weißfels, haben jedoch eine Abweichung in der Forderung der Arbeitszeit. Sie verlangen eine solche von 6 Uhr bis 1/2 1/2 Uhr, also Tag- oder Nachtschicht 11 1/2 Stunden lull. Aus- und Einfahrt und Pausen, so daß eine direkte zehnstündige Arbeitszeit bleibt. Jetzt ist eine solche in der Regel von 11-13 Stunden. Ueberstunden sollen gänzlich befreit werden. Der Lohn soll betragen 4 M. bzw. 3,00 M. im Durchschnitt, für die übrigen beschäftigten Personen 2,70 M. im Durchschnitt. Ferner wird jeden Freitag vollständige Auszahlung des verdienten Geldes gefordert. In dieser Woche sollen überall die Forderungen eingereicht werden; man erwartet von fast allen Verwaltungen ein Entgegenkommen, da sich eine Anzahl schon dazu bereit erklärt hat. Aus der Diskussion hörte man heraus, wie weit jene Arbeiter nach zurück sind, es ist gut, daß es endlich auch hier zu Tagen beginnt. Am nächsten Sonntag ist Versammlung in Pölsch.

Eine von ca. 600 Töpfern besuchte öffentliche Versammlung, die gestern Abend in Meißel's Salon, Weberstraße 17, tagte, erklärte sich mit allen gegen 5 Stimmen mit den Vorschlägen, die seitens der Berliner Kommission und der Delegierten des Ausschusses des Zentralverbandes vorgeschlagen wurden, einverstanden. Nach den in der angenommenen Resolution gemachten Konzeptionen schließen sich die Töpfer Berlins dem Zentralverband der Töpfer Deutschlands an.

Zu pfliffig sind die Tabakwaaren-Fabrikanten in Frankenhäuser am Kyffhäuser. Seit 5. beziehentlich 26. Juni streiken die Arbeiter der Firmen Gothe u. Wenzel und Rabener u. Becker, weil ihre Forderungen nicht bewilligt worden sind. Die Fabrikanten wollen zwar die Hälfte der Forderungen bewilligen, aber nur dann, wenn die Arbeiter aus dem Unterstützungsbund deutscher Tabakarbeiter austreten. Natürlich gehen die Arbeiter auf dieses Anerbieten nicht ein, denn die Gewerkschaft ist ein besserer Rückhalt im Arbeiterleben als die wechselnde Gunst des Unternehmertums. Im Streik stehen 15 Arbeiter und 60 Arbeiterinnen.

Die harten Urtheile auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung mehren sich. In Viefelsfeld wurden am Sonnabend zwei Maurer, welche beschuldigt waren, arbeitswichtige Maurer bedroht und mißhandelt zu haben, zu 6 bzw. 4 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Angeklagten hätten sich, so führte der Vorsitzende aus, durch die Gehartikel einer agitatorischen Presse verleiten lassen. Es müsse ein Exempel statuirt werden, um Leute, die arbeiten wollen, zu schützen. — Sind die Mißhandlungen wirklich vorgekommen und meint der Herr Vorsitzende, daß die Angeklagten durch die „Gehartikel“ der Arbeiterpresse dazu verleitet worden seien, so dürfte ihm die Beweisführung für diese Behauptung sehr schwer fallen, denn diese Presse ist stets eifrig bemüht, vor Ausschreitungen zu warnen.

Aus dem Ruhrkohlenrevier wird uns gemeldet: In Osterfeld bei Oberhausen nahm eine von über 1000 Bergleuten besuchte Versammlung Stellung zu der Maßregelung eines Arbeiters an der Zeche „Osterfeld“. Dieser, zugleich Ausschussmitglied des christlichen Gewerkevereins, hatte an die Verwaltung genannter Zeche das Gesuch gerichtet, die verletzten Bergleute schonender zu behandeln. Ob dieses Verbrechen erfolgte die Maßregelung. In der Versammlung äußerte H. D. v. H. v. M. v. M., der Vorsitzende des Gewerkevereins, nach Angabe des „Bergknappen“: „Wenn die Verwaltung den Gemäßigten nicht wieder anlegen will, dann machen wir die Bude auf Osterfeld zu! Also Androhung des Streiks seitens Bruch! Ach, wie hat sich das Blättchen gewendet!“

Im Zentralverein der Brauer Deutschlands ist zum ersten Mal eine Urabstimmung vorgenommen worden und zwar handelte es sich um die Fragen, ob der Streikfonds obligatorisch eingeführt werden solle, wie hoch der Monatsbeitrag für diesen zu bemessen sei und ob und durch wen die Hofener Generalversammlung der amerikanischen Brauergewerkschaft beschieden solle, von welcher an die Deutschen Einladung ergangen war. Das Ergebnis der Abstimmung war folgendes: Es beteiligten sich nur etwa die Hälfte der arbeitenden Mitglieder. Für die obligatorische Einführung des Streikfonds stimmten 2510 Mitglieder, dagegen 1957. Für 10 Pf. Monatsbeitrag stimmten 1079, für 15 Pf. 28 Mitgl., für 20 Pf. 1181 Mitgl., für 25 Pf. 92 Mitgl., für 30 Pf. 72 Mitgl., für 40 Pf. 46 Mitgl., für 50 Pf. 87 Mitgl., für 100 Pf. 19 Mitgl. Für die Bescheidung der Hofener Generalversammlung stimmten 2987 Mitglieder. Der Verbandsvorsitzende Wiedle erhielt mit 1998 die meisten Stimmen.

In Mülheim a. d. Ruhr fordern die Maurer den Zehntelstundenlohn und 45 Pf. Stundenlohn. Da die Unternehmer nicht einmal eine Antwort gaben, wurde in einer Versammlung der Streik beschlossen. Die Kündigung läuft am 10. Juli ab. Zugang ist streng fernzuhalten. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

In Braunschweig sind die Töpfer in den Ausstand getreten. Die Meister haben den jetzt gültigen Lohnvertrag gekündigt, und zwar so, daß er mit dem 1. August außer Kraft tritt. Bis zu dieser Zeit werden aber auch die laufenden Arbeiten so ziemlich erledigt sein, weshalb die Gehilfen es vorziehen, sofort die Arbeit einzustellen, denn die „neuen Vorschläge“, welche die Meister ankündigen, dürften nach den Gerüchten ganz erhebliche Lohnreduzierungen enthalten.

In Grimmschan wurde eine Textilarbeiter-Versammlung aufgelöst, weil das Vorgehen der Polizei im Streik bei Selbmann kritisiert werden sollte. — Eine bequeme Art, die Kritik tot zu machen.

Der Maurer-Ausstand in Speyer soll nach den Meldungen der „Rdn. Ztg.“ beendet sein. Den Arbeitern wurde eine Lohn-erhöhung zugesichert.

Der Münchener Töpferstreik ist noch nicht beendet; es sind noch 56 ausständig. Den Gehilfenverband anerkannt haben 43 Meister, die insgesamt 180 Gehilfen beschäftigen.

Gewerkschafts-Abrechnungen. Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. Abrechnung auf das Jahr 1896. 1. Mitgliedschaften (Berlin, Königsberg, Hamburg und Thorn): Einnahme 757,68 M., Ausgabe 259 M., als lokale Fonds zurückbehalten 41,40 M., an die Zentralkasse abgeführt 452,84 M. 2. Zentralkasse: Einnahme: von den Mitgliedschaften 452,84 M., für Abonnements auf die Verbandszeitung „Der Bureau-Angestellte“ 92,92 M., von der General-Kommission 300 M., Summa 844,66 M. Ausgabe: für Zeitung und Druckarbeiten 647 M., für Agitation und Porto 142,86 M., Diversa 19,24 M., Summa 809,60 M. In Verbindung mit dem Kasseebestand vom 31. Dezember 1895 (34,12 M.) betrug der Ueberchuß 70,18 M., der sich, da noch 61,50 M. Druckkosten zu decken sind, auf 8,68 M. rechnet. — Der Mitgliederbestand bewegte sich wie folgt: 1. Quartal 98, 2. Quartal 101, 3. Quartal 208, 4. Quartal 248. Berlin hat mit 182 Mann die größte Mitgliedschaft, dann folgt Königsberg mit 62, Hamburg mit 88 und Thorn mit 18 Mitgliedern.

Ausland.

Der Streik der Badapester Ziegelei-Arbeiter droht große Dimensionen anzunehmen. Die Arbeiter sind angezeichnet organisiert und es ist genügend Geld vorhanden, um auch einen längeren Streik auszuhalten zu können. Der eigentliche Grund des Streiks und der Verzweiflung der Arbeiter liegt nicht so sehr in den geringen Löhnen, als in der außerordentlich langen Arbeitszeit (16 bis 18 Stunden täglich), die im Verein mit den miserablen Wohnungsverhältnissen die Arbeitskraft und die Gesundheit der Arbeiter total zu Grunde richtet. Alle als Sozialisten bekannte Arbeiter sind von den Unternehmern gemahregelt worden. Die Zahl der in der Umgebung von Budapest beschäftigten Ziegelei-Arbeiter beträgt gegen fünfzehntausend.

Die Arbeiterbewegung in Finnland ist in gutem Fortschritt begriffen. Eine ganze Reihe Lohnreduzierungen sind in letzter Zeit durch die Organisationen erstritten und erreicht worden. So erreichten die Tischler in Abo den Zehntelstundenlohn und Lohnreduzierung. In Lammerfors war ein 700 Arbeiter umfassender Streik der Lederarbeiter zu verzeichnen, der 14 Tage dauerte. Er bezweckte hauptsächlich die Befreiung eines Direktors, der die Arbeiter in schamloser Weise brutalisierte. Der Streik endigte mit dem völligen Siege der Arbeiter. Der Direktor wurde entlassen. Die Arbeiter bildeten nach beendetem Streik eine Fachorganisation, da sie noch nicht organisiert waren. Zur Zeit schwebt ein großer Schuhmacherstreik.

Aus Schweden. Der große Streik der Metallarbeiter in Malmsberg ist beendet. Dieser Streik, der von nicht organisierten Arbeitern begonnen wurde und dem erst später die Organisation beitrug, dauerte mehrere Monate und umfaßte viele hundert Arbeiter. Wenn das große Malmsberg-Werk sich jetzt bereit erklärt

hat, mit den Arbeitern in einer Kommission zu verhandeln, dann verdanken es die Arbeiter in erster Reihe den Unterstützungen, die ihnen von auswärts zugehen, da sie selbst nicht gerüstet waren, und dem Umstande, daß das Malmsberg-Werk wegen der dortigen elenden Wohnungsverhältnisse andere Arbeiter überhaupt nicht bekommt. Selbst von den bisherigen sind während des Streiks viele abgereist.

Der Ausstand der belgischen Bergleute droht große Dimensionen anzunehmen. Am vergangenen Sonntag haben in allen vier Kohlenbecken Versammlungen stattgefunden, die von Tausenden besucht waren. Die Bewegung richtet sich hauptsächlich gegen eine neue Arbeitsordnung, welche die Zechenbesitzer einzuführen beabsichtigen.

Der französische Tabakarbeiter-Kongreß schloß seine vier-tägigen Verhandlungen am 3. Juli. Ueber den ersten Sitzungstag ist bereits berichtet worden. Von den weiteren Beschlüssen seien folgende erwähnt. In Beziehung auf Unfälle verlangte der Kongreß ein einheitliches Reglement für alle Staatsfabriken, Befreiung der Willkür und der Günstlingswirtschaft bei der Verteilung von Entschädigungen und Erhöhung des Krankengeldes von einem halben auf einen ganzen Tagelohn. — Daß die Staatsfabriken keine Muster in sanitärer Beziehung sind, zeigen die zahlreichen sanitären Forderungen des Kongresses: Verbesserung der Ventilation, Reinigung der Werkstätten in Abwesenheit des Personals, Einrichtung von Bädern und Waschräumen, Lieferung von Arbeitskleidern, Reinigung des Tabaks unter Vermeidung von Feuchtigkeit in den betreffenden Räumen, vollständige Durchführung der sanitären Vorschriften des Schutzgesetzes von 1892 und des Dekrets von 1893, häufigere Besuche der Fabrikinspektoren. Alle Sektionen des organisierten Personals werden die Adressen der betreffenden Inspektoren erhalten, um diesen periodisch ihre sanitären Beschwerden zu übermitteln. — Ferner beschloß man die Abschaffung der Gratifikationsgelder, deren Betrag vielmehr zur Aufbesserung des Lohnes der älteren Arbeiter und Arbeiterinnen verwendet werden soll, und zwar bis zur Höhe des Durchschnittslohnes in der gegebenen Fabrik. — Die Einführung des Achtstundentages wurde einstimmig votirt.

Wie alljährlich schickte der Kongreß eine Abordnung an den Generaldirektor des Tabakmonopols zwecks Übermittlung der gestellten Forderungen. In einigen Punkten gab der Generaldirektor eine befriedigende Antwort. So wird der jährlich vom Parlament an Krankengeld bewilligte Betrag von 211 000 Franken fortan sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zu gute kommen, und nicht, wie bisher, nur den Mitgliedern der gegenseitigen Unterstützungskassen. In Beziehung auf die verlangte Lohnreduzierung von 25 pCt. versprach der Generaldirektor, diese Forderung dem nächsten Budgetvoranschlag einzuverleihen, damit das Parlament darüber entscheiden kann. Schließlich werden Waderäume in allen Fabriken, wo sie noch fehlen, eingerichtet werden.

Ueber den amerikanischen Bergarbeiterstreik wird aus New-York unterm 6. Juli gemeldet: Tausende ungarische, slavische und italienische Bergarbeiter weigern sich am Streik theilzunehmen. Die amerikanischen Bergleute sind deshalb empört und nehmen gegen die ausländischen Kollegen Stellung, so daß Ruhestörungen zu befürchten sind.

Soziales.

Schulpflichtige Kinder dürfen nach einer Verordnung des Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. O. von Unternehmern zu Feldarbeiten nur dann herangezogen werden, wenn sie sich durch ein Zeugnis des Lokal-Schulinspektors über die Einschulung am Orte der Arbeit ausgewiesen haben. Ebenso dürfen auch Arbeiter, in deren Begleitung sich schulpflichtige Kinder befinden, ohne diesen Ausweis nicht beschäftigt werden. Zuwiderhandlungen ziehen eine Polizeistrafe von 6 M. für jedes schulpflichtige Kind nach sich, und zwar sowohl für den Arbeitgeber, als auch für den Vor-schmittler. Ferner sind die Arbeitgeber verpflichtet, die von auswärts zukommenden schulpflichtigen Kinder beim Schulinspektor anzumelden, während die Eltern verpflichtet sind, beim Anzuge die Kinder dem Lokal-Schulinspektor vorzuführen. Verhältnisse dieser Verpflichtungen haben für die Arbeitgeber eine Strafe von 6 M. für den Fall zur Folge, für die Eltern von 1 M.

Der Bericht über die dänische Fabrikinspektion für das Jahr 1896/97 ist soeben erschienen. Es fanden 6537 Betriebe unter Aufsicht, die sich 1. auf Fabriken und fabrikmäßig betriebene Werkstätten, 2. auf Meierien und Landwirtschaft mit mechanischer Triebkraft und 3. auf andere Betriebe erstreckt, die feste oder bewegliche Maschinen benutzen. Die Rubrik 1. umfaßt 2685 Betriebe, in denen 50 318 erwachsene Arbeiter, 3208 Kinder im Alter von 10—14 Jahren und 4767 junge Arbeiter im Alter von 14—18 Jahren beschäftigt werden. Die Kinder zerfallen in 2767 Jungen und 441 Mädchen, von den jugendlichen Arbeitern waren 3911 männlichen und 856 weiblichen Geschlechts, von den Erwachsenen 40 391 Arbeiter und 9977 Arbeiterinnen. Die meisten Kinder sind in der Zigarrenindustrie beschäftigt, nämlich 1592 Jungen und 185 Mädchen, dann folgen die Wollfabriken mit 200 Jungen und 68 Mädchen und die Glaswerke mit 155 Jungen und 20 Mädchen. — Die meisten Frauen (2280) sind in den Baumwollen- und Seidenfabriken beschäftigt. Dann folgen die Wollfabriken (1575), Tabak- und Zigarrenfabriken (1424).

Die Arbeitszeit in Kopenhagen stellt sich folgendermaßen: bei 24 pCt. der Betriebe auf 7 1/2 Stunden und darunter, 44 pCt. 10 Stunden, 21 pCt. 10 1/2 Stunden und 6 pCt. 11 Stunden und darüber. In der Provinz ist die Arbeitszeit durchgehend noch länger. In Unglücksfällen sind im Laufe des Jahres 124 zur Meldung gekommen, unter den Beschädigten sind namentlich Kinder und Halberwachsene! 12 Unglücksfälle führten den Tod herbei. Uebertretungen des Schutzgesetzes hinsichtlich der Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern kamen 22 vor, hinsichtlich der Dampfessel-Revision 44 Fälle. Die Strafen sind, selbst in Fällen, in denen die Uebertretung hätte Lebensgefahr herbeiführen können, verhältnismäßig gering gewesen.

Geriichts-Beitrag.

Der von den Berichtigungen handelnde § 11 des Preßgesetzes hat kürzlich zu einer Entscheidung des Kammergerichts Anlaß gegeben, über die wir der „N. A. Ztg.“ folgendes entnehmen: Die Berichtigung selbst muß so beschaffen sein, daß sie einschließend der Unterschrift des Namens ohne Einschaltungen und Weglassungen erfolgen kann. Dies folgt zwingend aus der Bestimmung des Gesetzes, daß die Berichtigung ohne Einschaltungen und Weglassungen aufgenommen werden muß. Der Redakteur ist weder berechtigt noch verpflichtet, aus einer Berichtigung dasjenige, was sich gegen tatsächliche Angaben richtet und wieder Thatsachen enthält, herauszuschälen und diesen Rest der Berichtigung aufzunehmen. Enthält die Berichtigung vielmehr auch nur einen Satz, der über den Namen einer zulässigen Berichtigung hinausgeht, so kann der Redakteur die ganze Berichtigung ablehnen. Das Kammergericht als letzte Instanz in diesen Sachen hat diesen Rechtsfall in einem in dem neuesten Jahrbuch seiner Entscheidungen abgedruckten Urtheil (Bd. 16 S. 483) ganz klar zum Ausdruck gebracht. Der angeklagte Redakteur war vom Berufungsgericht wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung verurtheilt. Das Kammergericht hat auf eingelegte Revision das Urtheil aufgehoben und den Angeklagten von Strafe und Kosten freigesprochen. In den Gründen heißt es: „Der die Berichtigung verlangende Brief enthält einen Schlupfstein, von welchem äußerlich durch den Abfall bei den Worten: „Wenn Ew. Wohlgebornen“ als auch durch den Inhalt erkennbar ist, daß er nicht mehr zur Berichtigung gehört. Durch das Einschalten dieses Schlupfsteins zwischen die Berichtigung und die Namensunterschrift ist aber ein formeller, wesentlicher Mangel der Berichtigung herbeigeführt. Außer den Erfordernissen, daß die Berichtigung sich auf

Thatsachen beschränke und keinen strafbaren Inhalt habe, verlangt der § 11 des Preßgesetzes, welcher Vorschriften formaler Natur enthält und demgemäß ganz strikt ausulegen ist, daß die Berichtigung unterzeichnet ist. Die Berichtigung muß daher, wie aus dem gesammelten Inhalt zu entnehmen ist, so abgefaßt und beschaffen sein, daß sie einschließend der Unterschrift des Namens ohne Einschaltung und Weglassungen erfolgen kann. Vorliegend hätte der Angeklagte, um eine unterzeichnete Berichtigung herzustellen, den Schlupfstein weglassen müssen; hierzu war er weder verpflichtet noch berechtigt. In den Vorschriften in § 11 auch nur in einem Punkte nicht genüge getan, so ist der Redakteur nicht verpflichtet, die Berichtigung aufzunehmen.“

Der Prozeß Koshemann und Genossen wird am 9. Juli vor dem Reichsgericht verhandelt werden. Die von den Verteidigern Rechtsanwälten Schöpß, Biber und Werthauer eingelegte Revision stützt sich u. a. darauf, daß die Geschworenen durch Auseinandernehmen der Maschine im Verhandlungszimmer eine selbstständige Beweisaufnahme ohne Hinzuziehung der übrigen Prozeßbeteiligten vorgenommen haben sollen. Dem Antrage der Verteidigung, über diesen Revisionspunkt Beweis zu erheben, hat das Reichsgericht bisher nicht stattgegeben.

Beamte der Kottbuser Polizei beleidigt zu haben, war der Redakteur der „Märkischen Volksstimme“, Genosse J a y p a y, angeklagt und hatte sich vierhalb am Dienstag vor der Strafkammer in Frankfurt a. O. zu verantworten. Die „Volksstimme“ hatte eine Korrespondenz aus Kottbus gebracht, worin berichtet wurde, daß am Tobiensonntag v. J. ein Dienstmädchen während eines Spazierganges infolge eines schweren Wagenstolzes auf der Straße zusammengebrochen, dann nach der Polizeiwache gebracht, von den Beamten für eine total betrunkene Prostituirte erklärt und gemeinsam mit anderen Prostituirten eingesperrt worden sei. Auch die Dienstherrin des Mädchens sei, als sie am folgenden Tage auf der Wache nach dem Verbleib des Mädchens fragte, von den auf der Wache befindlichen Beamten und auch vom Polizei-Inspektor, den sie in seiner Wohnung aufsuchte, in schroffer Weise abgewiesen worden. An die Darstellung dieses Falles hatte die „Volksst.“ eine Kritik der Kottbuser Polizei geknüpft und bemerkt, daß ähnliche Mißgriffe von Beamten schon mehrfach vorgekommen wären. Bezüglich des letzteren Punktes ergab die Beweisaufnahme, daß zwei achtbare Mädchen von Polizeibeamten abends auf der Straße angehalten und nach ihrem Namen gefragt wurden. Eine derselben mußte dem Beamten sogar behufs Festhaltung ihres Namens zur Wache folgen. Bezüglich der in dem Artikel angeführten Thatsachen ergaben die Zeugenansagen allerdings eine in einigen Punkten abweichende Darstellung. Das stürzte Dienstmädchen — von dem feststeht, daß sie nicht betrunken war — behauptete, daß sie während ihrer Haft von der Frau des Gefängniswärters mit Schimpfworten wie „alte besoffene Sau“ belegt worden sei. Auch die Dienstherrin gab an, daß die Polizeibeamten auf der Wache und namentlich der Gefängniswärter sie in einer so rohen Weise behandelt hätten, wie es ihr noch nie vorgekommen sei. Das der Artikel über das Verhalten des Polizei-Inspectors behauptete, erwies sich als eine Verwechslung mit der Äußerung eines Beamten über den Inspektor. Die Schimpfereien des Gefängniswärters und seiner Frau stellten diese, allerdings in sehr unflüchtigen Ausdrücken, in Rede, wobei ihnen eine mit dem Dienstmädchen gleichzeitig inhaftirt gewesene Prostituirte sekundirte. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, während Rechtsanwalt W o l f s g a n g H e i n e den Wahrheitsbeweis in den wesentlichen Punkten für erbracht und, falls der Gerichtshof zu einer Verurtheilung kommen sollte, eine Geldstrafe für angemessen hielt. Der Angeklagte wurde dann auch zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurtheilt.

Der Verein der Schleifer in Iserlohn hielt am 26. Juni 1896 eine Versammlung ab, in der die Lohnverhältnisse in der Fabrik von Becker besprochen werden sollten. Die Versammlung sollte sich auch mit der Frage beschäftigen, ob es nicht vielleicht den vorhandenen Zuständen gegenüber angebracht sei, zum Mittel des Streiks zu greifen. Der Vereinsvorsitzende meldete die Versammlung der Polizei nicht an, weil er es mit Rücksicht auf ihren rein beruflichen Charakter für überflüssig hielt. Genosse R a u e, der als Redner auftrat, erhielt jedoch mit der Begründung ein Strafmandat über 15 M., daß er sich gegen die §§ 1 und 2 des Vereinsgesetzes ver-gangen habe. Er habe unbefugterweise in einer Versammlung geredet, die der polizeilichen Anmeldung bedürftig hätte, da in ihr öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollten und thatsächlich auch erörtert worden seien. Auf das Verlangen des Angeklagten nach richterlicher Entscheidung befähigte das Schöffengericht das Strafmandat. R a u e legte Berufung ein und machte geltend, daß es sich hier nur um eine gewöhnliche Vereins-versammlung handle und daß man in ihr politische Dinge gar nicht berührt wurden. Man habe darüber debattirt, ob nicht etwa ein Streik nothwendig und gut sei, und auch er habe in seiner Rede nur zu dieser Frage Stellung genommen. Uebrigens könne man ihm ein schuldhaftes Verhalten nicht vorwerfen, denn es habe ihm der Vorsitzende mitgetheilt, daß die Versammlung keiner besonderen Anmeldung bedürfe. Die Polizei, die genutzt habe, daß alle 14 Tage eine Vereinsversammlung stattfindet, habe in Iserlohn im allgemeinen auch wenig Werth auf die Versammlungsdarstellungen gelegt. Die Berufung wurde indessen als unbegründet zurückgewiesen. Die erfolgten Erörterungen seien als sozialpolitische und damit als Erörterungen öffentlicher Angelegenheiten anzusehen; also hätte die Versammlung angemeldet werden müssen, seien doch jene Erörterungen beabsichtigt gewesen. Die falsche Information R a u e's ändere an seiner Strafbarkeit nichts. Die Revision des Angeklagten wurde gestern vom Straßenrat des Kammergerichts verworfen. Der Vorder-richter habe ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Auf jeden Fall habe R. schuldhaft gehandelt; er hätte sich vom Vorsitzenden die polizeiliche Anmeldungsbefreiung vorlegen lassen müssen. Ganz gleichgültig sei für den vorliegenden Fall, ob die Polizei sonst lässig vorgegangen sei.

Deyesshen und letzte Nachrichten.

Wien, 6. Juli. (B. S.) Einer Prager Meldung der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ zufolge sollen die Ausgleichsversuche des Grafen Badeni von deutscher Seite auf das entschiedenste abgelehnt worden sein. Der Reichsrath Badeni's sei baldigst zu erwarten; Freiherr v. Gantsch werde mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden. Derselbe werde die Sprachenverordnungen zurückziehen und den Versuch unternehmen, die Junggehehen und übrigenfalls auch die feudalen Reichsräthe zu isoliren, wobei ihm die gesammte Linke, die Christlich-Sozialen, die Deutsch-Konservativen und der Polenklub unterthänig dürften.

Triest, 6. Juli. (B. S.) Der in den Dardanellen aufgefahrene Lloyd-Dampfer „Memphis“ ist wieder flott gemacht.

Leipzig, 6. Juli. (B. S.) Infolge eines Wortwechsels zwischen einem Gastwirth und einem Soldaten kam es in Larnow zu blutigen Straßengefechten. Insanternisten überfielen die Häuser der Juden und die Synagoge. Ein Jude wurde getödtet, ein anderer schwer verletzt.

Mailand, 6. Juli. (B. S.) In ganz Italien herrscht andauernd eine unerträgliche Hitze. Es sind meist 41 1/2 Grad C. im Schatten. Hier, in Florenz, Ferrara, Padua und anderen Städten ist kein Eis mehr zu bekommen. Während eines Uebungsmanövers des Alpenjäger-Regiments wurden 21 Mann vom Sonnenstich befallen; ein Corporal blieb sofort todt.

Kiew, 6. Juli. (B. S.) Hier kam man großen Unterschlagungen, welche ein Verwaltungsrathmitglied der Dickerkafkaz Juden-rasfurnerien verübt hat, auf die Spur. Der Betreffende hat auch bei anderen Unternehmungen, bei denen er ebenfalls Ehrenstellen bekleidete, Betrügereien in Höhe von 200 000 Rubeln ausgeführt. Er wurde in dem Augenblick verhaftet, als er ins Ausland flüchten wollte.

Lokales.

Den Parteigenossen des 6. Wahlkreises zur Nachricht, daß am 17. Juli in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße 58, ein Sommerfest stattfindet, bestehend in Vokal- und Instrumentalkonzert, unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Sangeslust II“, „Weddinger Harmonie“ und „Nordwacht“, turnerische Aufführungen von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“. Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet. Da das Fest vorzüglich zu werden verspricht, machen wir die Genossen schon jetzt darauf aufmerksam. Das Komitee.

Wie das Mädchen aus der Fremde erscheint alljährlich wieder mit Eintritt der heißen Jahreszeit in den Spalten der bürgerlichen Presse die Dienstbotenfrage in allen Variationen. So gehalten auch die gesammelten diesbezüglichen Betrachtungen an sich sind, am dümmsten, ja geradezu blödsinnig sind diejenigen, denen man die „laute Gurke“ auf den ersten Blick anmerkt, die aber dem Lesepublikum allen Ernstes angesetzt werden. So wird zum Beispiel jetzt wieder von einer Köchin — denn eine Köchin muß es schon insofern sein, da eine solche für gewisse Leute noch immer eine Respektsperson ist, indem die „gnädigen Frauen“ vom Kochen nichts verstehen und dem „gnädigen Herrn“ ein guter „Hoppens-Poppen“ so recht nach dem Schnabel ist — berichtet, die sich vernehmen wollte, vor Abschluß des Vertrages aber sich zwei freie Nachmittage in der Woche anbehang, „weil sie gern größere Ausflüge auf ihrem Fietrad mache und des Sonntags es liberal so voll sei — nur so gewöhnliches Publikum!“ — In einem anderen Falle wird berichtet von einer Köchin, die ein unverschämter Herr „mitnehmen“ wollte, der sich aber in die Bedingungen setzen sollte, daß die Köchin ihr Piano in sein Zimmer stelle! Natürlich sind dies alles plump erfundene Sachen, in dessen — manche Leute glauben es doch, und standhaftesten nun nach Perzeptions über die Ansprüche der Dienstmädchen im Besonderen und der Arbeiter im Allgemeinen, und damit ist der Zweck jener Hundstagsblätter erreicht. Die der Gesindeordnung unterstehenden Hausarbeiterinnen werden gemeinhin noch als rechtlose Hausflavinnen betrachtet. Aber auch sie haben sich erfreulicherweise etwas ausgedehnt und sich auf ihre Menschenrechte besonnen. Dies wird ihnen nicht verziehen, darum trachtet man sie in Mißkredit zu bringen, ihre Ansprüche als unerböhrd zu kennzeichnen, wie ja die Forderungen der Arbeiter im Allgemeinen stets als „maßlos“ verschrien werden. Mit welchen „geistigen Waffen“ gegen den Uebermuth der Arbeiter gekämpft wird, das veranschaulicht zur genüge folgendes Inserat: „Bauarbeiter-Gesuch! Es werden Maurer und Zimmerleute unter folgenden Bedingungen gesucht: Der Mann erhält 9 M. Tagelohn nebst freier Kost, Bier und Zigarren. Die Arbeiter werden in nur guten Landauern nach dem Bauplatz gefahren, nach Hause können sie reiten. Die Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr, wo die Leute Kaffee und Sahne und Zucker erhalten. Wer Thee trinken will, kann sich Rum oder Milch dazu nehmen. Es werden dazu Semmeln oder Kuchen verabfolgt. Wer sich Semmeln schmieren will, erhält dazu Butter, Gänsefett oder Honig. Von 9—10 Uhr wird Thee mit Rum servirt, dazu giebt es weiche Eier, Kaviar, Sardellen, Jervelatwurst, rohen Schinken und Schweinehälften. Der Polier liest dabei die Zeitung vor. Von 12—2 Uhr wird zu Mittag gespeist. Hinsichtlich der traurigen Verhältnisse kann nur Suppe, Rindfleisch mit Gemüße, Braten und Salat. Mehlspeise, Butter, Käse und Brot gegeben werden. Der Mann erhält 8 Liter Lagerbier dazu, zum Dessert ein Glas Rimmel oder Kognak. Der Polier liest die „fliegenden Blätter“ vor. Von 3—4 Uhr wird Kaffee getrunken, wozu frischer Kuchen verabreicht wird. Um 6 Uhr ist Feierabend und wird ein Jambig von kaltem Braten, Wurst, Schinken, Fertigen oder geräucherem Lachs verabreicht, wozu der Mann 8 Liter Bier oder eine halbe Flasche Doppellümmel erhält. Jeden Morgen werden pro Mann 8 Stück Zigarren, ein halbes Pfund Prim- oder Schnupftabak vertheilt; dazu Feuerstein mit Schwamm. Von 4—6 Uhr spielt die Militärcapelle. Außerdem liegt ein Fass Bier zum beliebigen Gebrauch bereit. Wir hoffen, daß wir unter solchen Bedingungen die genügende Anzahl Arbeiter finden und sich dieselben dann nicht mehr zum Streit verleiten lassen werden. Zu melden 1897 in der Kellerschänke.“

Und das sind die „geistigen Waffen“ der Bourgeoisie, welche sie anwendet, wo die brutale Gewalt versagt, um die Arbeiterbewegung, die Kämpfe der Arbeiter und Arbeiterinnen um bessere Existenzbedingungen, zu bekämpfen, in den Roth zu ziehen. Wie lächerlich! Schwamm drüber!

Die Einführung elektrischer Kraft zum Antrieb von Maschinen hält der Gewerbe-Inspektor in seinem letzten Jahresbericht im Interesse des Schutzes von Arbeitern gegen Unfallgefahr von großem Nutzen. Die Zahl der Motoren, für deren Betrieb die Berliner Elektrizitätswerke Kraft abgeben, ist von 928 mit 8884 Pferdestärken im Vorjahre auf 1698 mit 6110,5 Pferdestärken im Jahre 1896 gestiegen. Von den 1698 Motorenbetrieben: Pressen 372 mit 1379 Pferdestärken, Aufzüge 888 mit 1960, Ventilatoren 226 mit 177,2, Maschinen für die Metallverarbeitung 186 mit 644,9, Maschinen für die Holzbearbeitung 77 mit 310,9, Schleif- und Poliermaschinen 74 mit 293,7, Maschinen für Papierbearbeitung 92 mit 197,4, Maschinen für Fleischereibetrieb 57 mit 192,5, Tischsäge- und Schneidmaschinen 21 mit 20,1, Nähmaschinen 16 mit 25,0, Spulmaschinen 15 mit 30,5, Spul- und Waschmaschinen 14 mit 67,0, Maschinen für galvanoplastische Zwecke 13 mit 43,1, Hüttenmaschinen 13 mit 22,7, Maschinen für Lederbearbeitung 11 mit 56,5, Antrieb von Dynamos 3 mit 63,5, verschiedene Arbeitsmaschinen 205 mit 628,4 Pferdestärken. Die Zahl der elektrisch betriebenen Arbeitsmaschinen ist selbstverständlich weit größer, als die in dieser Liste aufgeführten, die nur von einer Zentralfabrik aus gespeist werden. Auch dem Laien wird es auffallen, daß verhältnismäßig viele kleinere Betriebe, die bis dahin wohl der Motoren zum Theil entbehren mußten, elektrische Kraft anwenden. Es giebt Leute, die daraus einen neuen Aufschwung des Kleinhandwerks erhoffen. Als ob die Konzentration der Produktionskräfte und die Uebermacht des Großkapitals nicht durch hundert andere Umstände gefördert würde!

Von den Magistrats-Hilfsarbeitern. Uns wird geschrieben: Der Magistrat sieht die mit Kanzlei-Arbeiten beschäftigten Hilfsarbeiter als „Arbeiter“ an, indem er dieselben ohne weiteres dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz — Zwang ohne Ausnahme auch dann unterwirft, wenn deren Jahres-Arbeitsverdienst nicht nach § 1 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes für die Versicherungspflicht höchsten zulässigen Betrag von 2000 M. bis um ein Fünftel desselben übersteigt und auch in der von Magistrat geführten Einkommensnachweisung auf 2400 M. angegeben ist. Diese „wohlthätige Fürsorge“, die sich mit Rücksicht auf die Motive, denen sie entspringt, nämlich als Vorkaufsrecht bezwecken ließe, verdient umsonst Beachtung, als dieser Versicherung hinsichtlich der Beitragshöhe nicht der tatsächliche Jahres-Arbeitsverdienst, nachdem die Versicherung in der IV. Lohnklasse unter höheren Beiträgen mit Aussicht auf eine höhere Rente zu erfolgen hätte, sondern der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner zu Grunde gelegt wird, der in Berlin so niedrig bemessen ist, daß mit der Versicherung in der III. Lohnklasse dem Gesetz zum Schaden des Versicherten genüge geschieht. Ganz anders verhält es sich aber mit der Sicherstellung gegen Krankheiten dieser sogenannten „Hilfsarbeiter“. Denn da keine Krankenkasse besteht, sind nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes die bei den Kommunalverbänden beschäftigten Personen von dieser Versicherungspflicht nur dann befreit, wenn sie Anspruch auf Fortzahlung ihres Gehaltes auf die Dauer von 13 Wochen (drei Monaten) nach der Erkrankung oder auf eine im § 6 bezeichnete Unterstützung haben. Daß der Magistrat im Vorjahre einem dieser „Arbeiter“ für einen sechswohigen Erholungsurlaub nur 60 Mark „Unterstützung“ aus Gnade gewährte und zwar

nicht, ohne daß über seine bedürftige Lage die weitgehendsten peinlichsten Erkundigungen eingezoogen und ein günstiger Bericht über seine Würdigkeit eingegangen war, ist als ein Zeichen für billige Anwendung der „Arbeiterchutz-Gesetzgebung“ nicht anzusehen, ebenso wenig wie diese „Arbeiter“ nach einem 25 Jahre alten Lohnsatz vom Jahre 1872 „arbeiten“ müssen, nach welchem der Verdienst je nach Günst der Verhältnisse entweder unverändert hoch oder unverändert niedrig ausfällt und großen Schwankungen trotz großer Anstrengungen unterworfen ist.

In dem ehrengerichtlichen Verfahren gegen den Rechtsanwält Dr. Leipziger vom hiesigen „Kleinen Journal“ findet morgen, Donnerstag, vormittags 9 Uhr, vor dem Ehrengericht der hiesigen Anwaltskammer im Kammergerichts-Gebäude Verhandlung statt.

Endlich! Den Vertrag über die Umwandlung des Pferde-Eisenbahnbetriebes in einen elektromotorischen hat der Magistrat vollzogen der Direktion der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft überhandt, um denselben überseits zu vollziehen. Damit haben die Verhandlungen über diese Angelegenheit, welche einen Zeitabschnitt von beinahe vier Jahren in Anspruch nahmen, ihre Abschlus erreicht.

Die Turnlehrerinnen-Prüfung ist auf den 22. November d. J. anberaumt. Meldungen sind spätestens bis zum 1. Oktober d. J. bei dem Polizeipräsidenten einzureichen. Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgefüllt und zu einem Heft vereinigt sein.

Kocher mit Gas! Dieser kategorische Imperativ, dem zur Zeit immer mehr Folge gegeben wird, macht der Innungsbrüderchaft Wagenbesitzer. In der letzten Sitzung des Ausschusses der vereinigten Innungen Berlins stand eine Zuschrift der Töpfer-Innung zu Dresden zur Debatte, die sich gegen die „Ansprüchungen“ betreffend die Verwendung von Gas zu Koch- und Heizwecken wendete. Der Ausschuss war verständig genug, über diese rückwärtschreitende Zuschrift mit einigen wohlwollenden Worten zur Tagesordnung überzugehen. Charakteristisch für das fortschrittliche und kulturfeindliche Wesen, das in den Innungen herrscht, bleibt das Sendeschreiben immerhin.

Das große Gelbild von Ernst Hilbrand: „Lullia überführt den Leichnam ihres Vaters“, welches mit der großen goldenen Medaille ausgezeichnet worden ist, hat Professor Schauer der Stadtgemeinde Berlin als Geschenk überwiesen. Das sehr wertvolle Kunstwerk gelangt jetzt im Festsaal des Rathhauses zur Aufstellung.

Unparteiische Lohnfürzungen. Eine angenehme Ueberraschung hat am 1. d. Wts. die deutsche Zeitungsgesellschaft Hachfeld, Schmitz u. Komp., Wilhelmstr. 29, den Berliner Verichterstattern bereitet. Diesen wurden bei der Abrechnung über den vergangene n Monat eröffnet, daß der „Berliner Herald“ für durchgeschriebene Verichte statt 5 nur noch 3/4 Pfg. die Zeile bezahle. Selbstverständlich lassen sich die meisten Verichterstatter dieses merkwürdige Verhalten nicht gefallen; sie werden sich durch das Vericht ihr Recht suchen, bevor die Platten noch weiter in die Presse gehen; sie sind auch für die Zukunft nicht gewillt, ihre Arbeit der Gesellschaft für einen Schandpreis zu liefern.

Infolge des großen Brandes in der Chausseestraße hat der Betrieb der Nachtomnibusse auf allen drei Linien der Omnibus-Kompagnie Berlin, wo sich die erste Berliner Nachtomnibus-Gesellschaft nennt, vorläufig eingestellt werden müssen, da die Gesellschaft an Pferden wie Wagen durch den Brand bedeutende Schäden erlitten hat. Von den Pferden sind nicht weniger als 35 verbrannt und ebenso viele demnach schwer verletzt worden, daß sie trotz der ärztlichen Behandlung, in der sie sich augenblicklich befinden, für den schweren Omnibusdienst wohl nicht mehr tauglich sein werden. Ebenso sind die meisten Wagen zum Theil stark beschädigt und müssen, ehe sie wieder in den Betrieb eingestellt werden können, gründlich reparirt werden. Die Fahrten sollen im Laufe des Monats wieder begonnen werden. Die einzige Tagelinie der Omnibus-Kompagnie Kottbuser Thor—Neues Thor, auf welcher der Betrieb infolge des Brandes vorläufig ebenfalls eingestellt werden mußte, kann jedoch erst zu Anfang des August wieder eröffnet werden.

Der Roman der Samoanerinnen in Berlin. Unter diesem Titel hat Herr Karl Marquardt, der Führer der Samoanertrippe, welche bis vor einigen Monaten im Passage-Panoptikum ausgestellt war, eine Rechtfertigungsschrift herausgegeben, die sich gegen den bekannten Vorwurf der Frauenmißhandlungen wendet. Herr Marquardt verspricht, daß er die Angelegenheit demnächst vor Gericht zum Austrag bringen werde. Da die Öffentlichkeit somit auf jeden Fall noch von der Angelegenheit in Anspruch genommen wird, erübrigt sich wohl, auf die Rechtfertigungsschrift und die in ihr enthaltenen schweren Vorwürfe gegen die Direktion des Passage-Panoptikums vorab einzugehen.

Der Verein der Militärinvaliden, Veteranen und Militärandwärter von Berlin und Umgegend (Vors. Hirsch) hat sich der im Justizdienste angestellten Unterbeamten, welche zum größten Theil Mitglieder des Vereins sind, angenommen und eine Petition vorgebracht, die an das Haus der Abgeordneten gerichtet werden soll. Es wird darin auf die ungünstigen, den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Gehaltsverhältnisse hingewiesen. Die Petenten erbitten eine Erhöhung des Maximalgehaltes von 1500 auf 1800 M., Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses von 240 auf 400 M. und für die Hilfsbeamten Erhöhung der Diäten auf 8 M., sowie deren Anstellung nach halbjährigem Probedienst.

Zahlreiche Vergiftungen durch Genuß von Krebsen sind in dem Hause Kottbuserstraße Nr. 50 vorgekommen. Einer der Vergifteten, der 47 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Henschke, ist gestorben, die anderen sind wieder hergestellt oder befinden sich auf dem Wege der Besserung. Der Hauswirth Schmiedemeister Rudowitsch feierte am 2. d. M. seinen Geburtstag. Seine Frau ludte zur Feier des Tages Krebs, die sie in der Markthalle an der Dorotheenstraße gekauft hatte. Da weniger Gäste zur Geburtstagsfeier erschienen, als man erwartet hatte, so gingen die Krebs fast durch das ganze Haus, und so erkrankte die Massenvergiftung. Eine Tochter des Arbeiters Henschke war Frau Rudowitsch beim Kochen zur Hand gegangen und brachte ihrem Vater einen Krebs in die Wohnung hinauf, wie sie bestimmt erklärte, nur einen einzigen. Henschke aß davon den Schwanz, die übrigen Theile überließ er seinem Stiefsohne Alfred Jergang. Im Laufe der Nacht erkrankten alle Personen, die von den Krebsen gegessen hatten, Henschke und sein Sohn am schwersten. Noch in der Nacht wurden verschiedene Aerzte zu Hülfe gerufen. Dem ersten, der zu ihm kam, verschmägte Henschke, der von den anderen Erkrankten noch nichts wußte, daß er Krebs gegessen habe, er lagte ihm lediglich über Erbrechen und Kopfschmerz. Als nun später im Zusammenhang mit den anderen Hülfsleistungen ein zweiter kam, war es schon zu spät; der Mann lag bereits im Sterben und die Gegenmittel schlugen nicht mehr an. Die übrigen Erkrankten wurden durch geeignete Gegenmittel gerettet. Am schwersten leidet noch der Stiefsohn des Verstorbenen. Auf dem Wege der Besserung befinden sich eine Tochter des Hauswirthes, die zwei Tage lang ununterbrochen in Krämpfen gelegen hat, die Frau des Schmiedes Behrend und ihre beiden kleinen Töchter im Alter von drei und vier Jahren, die nur ein Stückchen vom Schwanz bezw. einen ganzen Krebs und einige Scherzen gegessen hatten, eine Arbeiterfrau Herrmann, bei der die Vergiftungsercheinungen weniger stark auftraten, eine Frau Giroux, die mehrere Krebs aß und ziemlich schwer erkrankte, Frau Borch und der Kaufmann Stridert und seine Frau. Als Gegenmittel wirkten günstig heiße Milch, Kognak und Rhizinsüßl.

Ein eigenartiges Stückchen von Bahubeamten-Bureaukratismus passirte dieser Tage einem Berliner Speisewirth B. auf dem Bahnhof in Wilmersdorf. Herr B., der sonst sehr modern gelehrt war, aber wegen der großen Hitze seinen Hut zu Hause gelassen hatte, wurde einfach, als er die Billeterie passiren wollte, mit der Frage: „Wo haben Sie Ihren Hut?“ angehalten! Er wurde bedeuert, daß er ohne Hut nicht fahren dürfe, und daß ihn die Bahn nicht barhäuptig mitnehme! Erst nach längerem Protestiren und nachdem B. die Beamten um die betreffende Instruktion ersucht hatte, die es natürlich nicht giebt, bequeme man sich dazu, ihm seinen Fahrschein zu leupiren und ihn auch ohne Hut mitfahren zu lassen. — Diese Geschichte erinnert an ein Vorkommniß, welches einem Leser der „Nat.-Ztg.“ vor längerer Zeit im Schloßpark zu Schönhausen passirte. Der Herr schreibt dem Blatt: „Ich promenierte dort an einem heißen Tage und halte meinen Hut in der Hand. Da näherte sich mir ein Mann, der freundlichen Tones zu mir sagte: „Sie könnten Ihren Hut auch wohl dranhin abnehmen.“ Ich verstand ihn erst nicht recht und wollte schon für seine Unverschämtheit danken, als ich eine Dienstklappe auf seinem Haupte bemerkte. Noch zögerte ich, seiner gütigen Aufforderung nachzukommen. Er aber setzte eine strenge Kontonienne auf und richtete an mich die Worte: „Sie scheinen mich nicht verkonden zu haben: Es ist nicht gestattet, im Park den Hut abzulegen.“ Natürlich gehorchte ich nun als guter Unterthan sofort und zerbröche mir seit jener Zeit den Kopf über die Frage: Verhöht es gegen die gute Sitte, barhäuptig in einem königlichen Park spazieren zu gehen?“

Lehrlingsaushebung. Der Ingenieur Wildt hat in der Chausseestr. 20 eine Werkstatt für mechanische Arbeiten, in welcher zur Zeit 14 Lehrlinge beschäftigt werden. Schissen sind dort nicht thätig. Die Lehrverträge werden mit den Eltern derartig abgeschlossen, daß für eine dreijährige Lehrzeit 150 M. Lehrgeld gezahlt werden muß; das Lehrgeld ist innerhalb der ersten neun Monate der Lehrzeit zu entrichten. Für Kost und Logis haben die Eltern zu sorgen, ebenso wissen sie sich kontrollich zur Zahlung der Krankenkassen-Beiträge verpflichtet. Das sind strenge Bedingungen, aber die Eltern erwarten wenigstens, daß ihr Söhne etwas Tüchtiges lernen. Damit hapert es jedoch sehr. Einmal läßt seine ausgedehnte Korrespondenz Herrn Wildt wenig Zeit zum Anlernen, dann ist aber auch die Art der Arbeit so, daß wenig dabei zu lernen ist. Die meisten Arbeiten, welche bei Herrn Wildt angefertigt werden, werden in anderen Instituten schon von ungelerten Arbeitern gemacht. Und dann werden die Lehrlinge auch nur auf bestimmte Theile eingearbeitet. Herr Wildt scheint aber auch einer derjenigen Lehrherren zu sein, die geru den Prügel gebrauchen. Zwei Lehrlinge hatten miteinander Redereien wegen des Werkzeuges. Der Lehrherr fährt mit einem Stock aus hartem Holz dazwischen und schlägt dermaßen auf den einen Lehrling ein, daß zwei Aerzte nach Beschichtigung der Mißhandlung äußerten: noch ein Schlag hätte genügt, den einen Arm vollständig zu ruiniren. In dem ärztlichen Akteß heißt es, daß die Folgen der Mißhandlung noch nicht abzuheben sind. Die Eltern haben den Fall der Staatsanwaltschaft unterbreitet.

Auf der Brandstätte in der Chausseestraße traten gestern Vormittag noch einmal zwei Vorfälle mit zwei mechanischen Leitern in Thätigkeit. Der eine arbeitete von dem Garten des Garnison-Lazareths, der andere von der Chausseestraßenseite des Altienshofes an dem angebrannten Wohnhause und stießen die gefährdenden, zum Theil fast frei in der Luft hängenden, morschen Mauerstücke, namentlich von dem Thurm in das Innere hinab. Als sie dann abbrückten, blieb nur eine Brandwache von drei Feuerwehrenten zurück, um mittelst eines an den Hydranten angeschraubten Schlauchrohrs die noch immer wieder ausbrechenden kleinen Flammen zu erlöchen. Im übrigen sind jetzt Privatleute dabei, die Pumpen und sonstigen Ueberreste zu beseitigen. Gestern war auch eine Kesselrevisionskommission an der Brandstätte, um zu untersuchen, ob von den zahlreichen Lokomobilen, die in dem Schuppen am Hinterhause der Woyensstraße standen und zum Theil in die brennende Lokomotivwerkstätte hinabstürzten, noch etwas zu benutzen wäre. Es wurde aber festgestellt, daß sämtliche Kessel durch die furchtbare Hitze ausgeglüht, unidicht und gänzlich unbrauchbar geworden sind.

Toppelselmord eines Liebespaars. Vor etwa 10 Tagen wurde im Grunewald unweit der Station die Leiche des 32jährigen Kaufmannes Solad aufgefunden, welcher sich mittelst seines Revolvers erschossen hatte. Ten Angehörigen des peluniar in guter Lage befindlichen Mannes war die Veranlassung zu dieser That nicht bekannt. Erst jetzt haben sie Aufklärung über die Ursache zu dem Selbstmorde erhalten. Er hatte im vergangenen Jahr hier selbst ein junges Mädchen kennen gelernt, welches als Kassiererin in einem Detailgeschäft thätig war. Das Mädchen, die 23jährige Martha Malloff, deren Eltern in einem Vororte Wiens wohnen, kehrte anfangs dieses Jahres auf Wunsch ihres Vaters nach Hause zurück. Die jungen Leute blieben zwar in brieflichem Verkehr, doch scheinen sich einer ehelichen Verbindung zwischen beiden erhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt zu haben. Vor einigen Tagen erhielt ein hier wohnender Bruder des S. von den Eltern der M. die Mittheilung, daß sich das Mädchen in der elterlichen Wohnung vergiftet habe. In einem zurückgelassenen Schreiben, welches dem Briefe ebenfalls beilag, erklärte die jugendliche Lebensmüde, daß sie im Einverständnis mit ihrem Geliebten handele, welcher zur gleichen Stunde wie sie sterben werde. Thatsächlich haben auch beide an demselben Tage den gesuchten Tod gefunden.

In Besitze eines festgenommenen und vielfach vorbestraften Mannes wurden 21 Stück neue Double-Ringe mit verschiedenen Steinen, Perlen u. vorgefunden. Die Ringe befinden sich in einem rothbraunen, innen weißausgelegten Sammetetui zu 96 Ringen passend, auf der hinteren Seite des Etui befindet sich eingepreßt die Bezeichnung Musterschuh Nr. 4341. Etwaige Eigentümer wollen sich vormittags zwischen 9 und 1 Uhr im Polizei-Präsidenten porterre Zimmer 26, einfinden.

Ein unangefährter Leichenfund beschäftigt die Behörden. Magistr. 62 wohnte seit Weihnachten der 47 Jahre alte Klempner Albert Bley, dessen Frau sich seit August v. J. in der Irrenanstalt zu Herzberge befindet, während seine Tochter Annenst. 20 wohnen und in einer Parfümeriefabrik arbeiten; ein Knabe von zehn und ein Mädchen von fünf Jahren sind von der Waisenverwaltung in fremde Pflege gegeben. Bley, der Hilarbeiten machte und stark trant, wohnte mit einer Person, die polizeilich nicht gemeldet war, zusammen, die die Wohnung recht zweifelhafter Gesellschaft zur Verfügung stellte. Bley wurde nun seit Freitag Abend nicht mehr gesehen und gestern von dem Portier Herbert halb auf seinem Bette liegend todt aufgefunden. Die Kriminalpolizei rechnet, wie uns berichtet wird, mit der Möglichkeit, daß Bley keines natürlichen Todes gestorben, sondern von der Theilhaberin seiner Wohnung oder von Zubehörern, die bei ihr verkehrten, getödtet worden ist.

Erschossen hat sich in der Pallisadenstraße der 32jährige Barbier Zeile, Elisabethstraße 17 wohnhaft. Z. hatte einem Kollegen in der Pallisadenstraße einen Besuch abgestattet und erbat sich nach kurzem Aufenthalt dortselbst den Schlüssel zum Abort. Wenige Minuten später erdröhte der Knall eines Schusses. Man fand Z. auf dem Kloset als Leiche vor. Beweggründe zur That sind nicht bekannt.

Durch Verbrennen ist die 8 Jahre alte Tochter Martha des Schuhmachermeisters Göpel aus der Straßunderstr. 28 zu Tode gekommen. Das unglückliche Mädchen wollte, während sich die Mutter im Waschkeller befand und der Vater in seiner Werkstube arbeitete, in der Küche auf der Maschine Milch kochen. Da die Ofenthür nicht geschlossen war, so fing das Kleid des Kindes, als es nach der Milch sehen wollte, Feuer und stand bald in hellen

Flammen. Die Bedauernswerthe wurde mit schweren Brandwunden an den Beinen und am Unterleibe in das Lazarus-Krankenhaus gebracht und ist sie seinen Verletzungen erlegen.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Weisenseer! Die arbeitende Bevölkerung von Weisensee wird hierdurch aufgefordert, sich im nächsten Jahre stattfindende Reichstagswahl vorzubereiten. Um einen für die arbeitenden Klassen möglichst günstigen Ausgang der Wahlen zu erzielen, ist es notwendig, sich zu einer lebhaften Agitation zu rüsten; nur dann kann gleich beim ersten Wahlgange ein durchschlagender Erfolg erkämpft werden. Jedermann aus den Arbeiterkreisen weiß, daß unsere Interessen nur einzig und allein von der sozialdemokratischen Partei vertreten werden; deshalb ist es aber auch Pflicht eines jeden, der mit den sozialdemokratischen Prinzipien einverstanden ist, auf die weitestgehende Verbreitung unserer Ideen hinzuwirken. Der am hiesigen Ort bestehende „Politische Arbeiterverein“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeiter aufzuklären; außerdem bietet er seinen Mitgliedern durch eine ausgedehnte Bibliothek Gelegenheit, auf allen Gebieten ihr Wissen zu bereichern. Nur durch eine straffe Organisation, nur durch möglichst reichhaltige Kenntnisse ist es möglich, bei den kommenden Wahlen den Sieg für uns nicht nur zu erzwingen, sondern auch dauernd zu erhalten. In folgenden Zahlstellen werden Ausnahmen vollzogen und Beiträge entgegengenommen. B. Schwilke, Restaurant, Seinerdorfer Weg 39, W. Friedrich, Restaurant, Prenzlauer-Chaussee 19, K. Richter, Restaurant, Mühlstr. 138, F. Franz, Restaurant Sängerkreis, Königs-Chaussee und Leichterstraße Ecke, Spemann, Restaurant, Königs-Chaussee 55, W. Straßburger, Restaurant, Straßburg- und Meißnerstraße Ecke, Sorrer, Restaurant, Straßburgstr. 56. Der Vorstand des politischen Arbeiter-Vereins für Weisensee und Umgegend.

Aus den Spandauer Militär-Verhältnissen. Die Militärverwaltung hatte vor einiger Zeit in einzelnen Betrieben der Militär-Verhältnisse in Spandau verfuhrungsweise Sonnabends und an den Tagen vor den hohen Festen einen früheren Arbeitsschluß eingeführt, um den Arbeiterfamilien Zeit und Gelegenheit zu geben, wegen der Sonntagruhe im Handelsgewerbe ihre Einkäufe am Tage vorher zu besorgen. Künftig um 6 oder 7 Uhr abends wurde zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags der Betrieb eingestellt. Bis dahin wurde, unter Fortlassung der Mittagspause, durchgearbeitet und die Arbeiter erlitten keine Einbuße an ihrem Verdienst, da ihnen die zehnstündige Arbeitszeit vollgerechnet wurde. Nachdem sich die Arbeiterausschüsse mit dieser Neuerung einverstanden erklärt, ist dieselbe in allen Spandauer Militär-Verhältnissen nunmehr definitiv eingeführt worden.

Auf der Ringbahn-Station Schöneberg hat sich am Montag Abend um 10 Uhr ein älterer gutgekleideter Mann von einem Eisenbahnzuge überfahren lassen. Der unbekannt Selbstmörder starb nach wenigen Augenblicken.

Zu dem Doppelmord und Selbstmordversuch in Potsdam werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der bei dem Magistrat in Berlin angestellte Bureau-Assistent Gelfert lebt noch; der Schnitt, durch den er sich die Pulsader öffnen wollte, ist nicht tief genug ausgeführt worden. Seinem Zustand nach ist auch der Blutverlust kein bedeutender gewesen. Er scheint außerdem Morphinum genommen zu haben, wenn auch nicht in genügender Menge. Gelfert war er tagelänger bewußtlos. Erst am späten Nachmittage hörte er auf seinen Nardendruck. Gelfert dürfte mit dem Leben davonkommen. Im Hotel hatte Gelfert angegeben, er wäre Sekretär beim Berliner Magistrat. Ueber die Ursachen, welche Gelfert zu der That veranlaßten, schreibt ein hiesiges Blatt: Der 37 Jahre alte, aus Beobachtung gebürtige Bureau-Assistent Max Gelfert, der in der Zwingstr. 8 hieselbst wohnte, wird von allen Seiten als ein sehr gutmüthiger und sparsamer, aber in seiner Familie energieloser Mann geschildert, der aus den traurigen Verhältnissen, in die er immer tiefer hineingerathen war, wie er selbst diesfach klagte, keinen Ausweg mehr zu finden wußte. Er war seit zehn Jahren mit seiner Frau verheiratet, die ihn vor einigen Wochen verlassen hat und sich in Schladensee aufhält. Gelfert lehnte es ab, die Frau zur Rückkehr aufzufordern. Die beiden Jhre von ihm ermordeten Kinder waren schwer krank; der neun Jahre alte Bruno war höflich, der sieben Jahre alte Kurt hatte einen Wassertopf und ein Nierenleiden. In falscher Liebe ließ er sich nicht dazu bewegen, sie in eine Heilanstalt zu bringen. Diese traurige Lage wurde dadurch besonders verschärft, daß Gelfert sehr große Schulden hatte und daß ein Verwandter nicht nur das gesammte Mobiliar pfänden ließ, sondern auch das Gehaltsabzugs-Verfahren gegen ihn beim Magistrat beantragte. Gelfert besaß, zumal sein letztes Vierteljahrsgehalt in einem Schrant vom Gerichtsvollzieher beschlagnahmt war, fast gar keine Geldmittel mehr, so daß er in größte Verzweiflung gerieth. Er hat die kleinen Schulden, die er z. B. beim Milchhändler hatte, bezahlt und ist wahrscheinlich in der Absicht mit den traurigen Kindern nach Potsdam gefahren, um einen Versuch zu machen, von dort wohnenden Verwandten Geld zu leihen, was ihm aber wohl im letzten Moment wieder leid wurde.

Soziale Rechtspflege.

Unfallversicherung der Tapezierer. Der Tapezierer Miltenberger führte am 9. August des vorigen Jahres von einem Balkon herab, woran er einige Fahnenlängen befestigen sollte. Er erlitt sehr schwere Verletzungen. Sein Anspruch auf eine Unfallrente wurde von der Baugewerks-Verufsgenossenschaft mit der Begründung abgewiesen, daß er bei einer nicht versicherten Arbeit vernachlässigt sei. Mit seiner Berufung gegen diesen Bescheid hatte M. beim Schiedsgericht Erfolg. Nach dem Bundesrats-Beschluß vom 18. Juni 1888 sei von Tapezierarbeiten das Anbringen von Vordervorhängen und -Läden an Bänken verpönt, während das Anbringen von Gardinen und Rouleaux im Innern der Wohnungen der Versicherung nicht unterliege. Die im Bundesrats-Beschluß angeführten Arbeiten seien aber nur als Beispiele anzusehen; ohne Zweifel habe man alle Arbeiten im Auge gehabt, die des gleichen Versicherungsschutzes bedürften, nämlich alle Tapezierarbeiten an der Außenseite der Gebäude. Um solche Arbeiten habe es sich nun hier gehandelt, der Kläger sei deshalb mit der Rente zu bedenken. Die Verufsgenossenschaft legte gegen das Urteil Rekurs ein, worauf das Reichs-Versicherungsamts darüber Beweis erhob, auf welche Art die Fahnenlängen befestigt werden sollten und befestigt wurden. Es wurde festgestellt, daß es sich um eine lose, jederzeit bequem lösbare Verbindung handelte. Das Reichs-Versicherungsamts hob darauf das Urteil des Schiedsgerichts auf und wies den Kläger mit seinem Anspruche endgiltig ab. Um die Arbeit zu einer versicherungspflichtigen Banarbeit zu machen, hätte sie auf eine feste und dauernde Verbindung der Fahnenlängen mit dem Mauerwerk abzielen müssen. Da dies nicht der Fall gewesen sei, könne der Kläger eine Unfallrente nicht fordern.

Gerichts-Beilage.

Der Bauschwindel-Prozess Stug. Am ersten Verhandlungstage wurden gegen 40 Zeugen vernommen. Zunächst kamen die Betrugsfälle zur Erörterung. Die Beweisaufnahme gestaltete sich in dieser Beziehung für den Angeklagten verhältnismäßig günstig. Eine ganze Reihe Zeugen bekundeten, daß sie von Stug nichts zu fordern hätten und deshalb auch nicht betrügerlich geschädigt seien. Diesen Zeugen stand eine andere Gruppe gegenüber, welche durch Stug in zum Theil recht erheblicher Weise benachteiligt sein wollten. Sie hatten in der Regel mit dem Angeklagten abgemacht, daß sie für die gelieferten Arbeiten zu zwei Dritteln in bar, zu einem Drittel durch Bestellung einer Hypothek seitens des Angeklagten befriedigt werden sollten. Die Barzahlung haben sie fast alle erhalten, nur bei Hergabe der Hypothek habe es sich herausgestellt,

daß die Hypothek nicht auf einem dem Angeklagten gehörigen Grundstück, sondern auf einem fremden Grundstück haften. Der Angeklagte wies demgegenüber darauf hin, daß schon aus seinen, mit den betreffenden Personen abgeschlossenen Lieferungsverträgen ersichtlich sei, daß es sich um eine Hypothek handele, die für ihn eingetragen sei. Er bestritt, daß eine Schädigung der betreffenden Personen erfolgt sei. Eine dritte Gruppe von Zeugen hielt sich dadurch für geschädigt, daß der Angeklagte ihnen noch im September 1895 Arbeiten für seine Häuser ausgab, obwohl er damals schon zahlungsunfähig gewesen und bereits zwei Monate später in Konkurs gerathen sei. Die Zeugen haben aber doch dem Auftraggeber so viel Vertrauen geschenkt, daß sie die Arbeiten fertig gestellt haben.

Die Beweisaufnahme wandte sich dann der Gründung der Deutschen Handelsbank zu. Der Angeklagte bestritt auch hier, daß er betrügerische Absichten gehabt. Er habe gedacht, nach einiger Zeit Antheilsscheine zu erwerben. Bei Gründung der Gesellschaft habe er sich erst von den vier Theilhabern Wechsel über je 15 000 Mark geben lassen und dann einen Barbestand von 60 000 M. besorgt. Erst als dieser vorhanden war, habe er die Eintragung der Gesellschaft durch den damals mit der Geschäftsführung betrauten Mitgründer Müller eintragen lassen. Dies wurde von dem Zeugen Müller — welcher wegen Verstoßes gegen das Gesetz vom 20. April 1892 — nicht, wie gestern irrtümlich berichtet wurde, zu drei Monaten, sondern nur zu einem Monat Gefängnis verurtheilt wurde und hiergegen Revision angemeldet hat — bestritten. Der Zeuge mußte auf Vorhalten einräumen, daß er damals über Baarmittel in Höhe des von ihm hinterlegten Acceptes nicht verfügte, er meinte aber, daß er im Lande gewesen wäre, sie innerhalb kurzer Zeit zu beschaffen. Die früheren Gesellschafter der Deutschen Handelsbank, welche in ihren Aussagen die in der Voruntersuchung gemachten Angaben abzuschwächen suchten, wurden vom Staatsanwalt Dr. Eger in ein scharfes Verhör genommen und auch die Geschworenen beteiligten sich an demselben durch viele Zwischenfragen.

Die Verhandlung wird Mittwoch fortgesetzt.

Ein verurtheiltes Todesurtheil grenzte ein überaus skandalöser Mißbrauch der Waffe, welcher gestern den Feld- und Postbater Hermann Pfähe aus Herzfelde unter der Anklage der qualifizierten Körperverletzung vor die erste Strafkammer am Landgericht II führte. Angeklagter war von mehreren Privatbesitzern mit der Bewachung ihrer Feld- und Waldparzellen betraut worden. Um ihm eine gewisse Autorität zu geben, erlaubten die betreffenden Besitzer den Landrath um Bekleidung des Feldbaters, und diesem Gesuch wurde auch entsprochen. Der neue Plüschhüte hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als sich einen kompletten Jägeranzug anzulegen, aber ihm fehlte noch das wichtige, nämlich eine Waffe; den Knüttel in seiner Hand mochte er nicht als Waffe eskimiren. Er suchte daher seinen Auftraggebern das Märchen auf, daß er von den Wilderern und Felddieben mit dem Tode bedroht sei und erlangte damit die Genehmigung seiner Auftraggeber, einen Revolver zu tragen. Obwohl jeder Privatmensch einen Revolver tragen darf, wurde doch noch die Genehmigung des Landrathes erbeten und von diesem mit der ausdrücklichen Einschränkung erteilt, daß Pfähe den Revolver nur wie jeder Privatmann tragen dürfe und das Gesetz über den Waffengebrauch der Beamten auf ihn keine Anwendung finde. Der Angeklagte schaffte sich nun einen Ledergürtel an, den er über seinen Jägerrock schmolte und an diesem Gürtel ein ostentativ die Revolvertasche, des Augenblicks brennend, in welchem er von seiner Schußwaffe Gebrauch machen könne. Diese Gelegenheit fand sich bald darnach, am 22. September 1895. Er sah am Nachmittage die Maurer Kirische und Sasse querfeldein kommen; jeder einen schweren Sack auf dem Rücken tragend. Beide kamen von ihrem Badstuber und hatten Seraballa für ihre Ziegen geholt. Obwohl Pfähe wußte, daß beide dicht dabei ihren Acker hatten, glaubte er doch angebracht, daß sie Feldfrüchte auf fremdem Boden gestohlen hätten. Er stellte sie und verlangte, daß sie ablegen und die Säcke vor ihm öffnen sollten. Er erhielt eine mehr einladende wie bössliche Antwort und sagte nun den Kirische, der sich aber den Angreifer einfach abhändelte. Da griff Pfähe nach seinem Revolver, rief: „Ich werde dir doch zeigen, daß ich schießen kann!“ und schoß den Kirische in die Brust und zwar aus solcher Nähe, daß der Kopf des Betroffenen zu brennen begann. Kirische konnte sich zwar noch bis zu Hause begeben, mußte aber alsdann sofort nach einem Krankenhaus gebracht werden, wo er wochenlang zwischen Tod und Leben schwebte und erst nach 100 Tagen als geheilt entlassen werden konnte. Der Angeklagte suchte sich durch Nothwehr zu entschuldigen, doch ließ ihn die Beweisaufnahme völlig im Stich. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf neun Monate Gefängnis.

Ein Privatklage vor dem Schöffengericht I Berlin hatte der Abtheilungsvorsitzende, nachdem er in einer Sache mit den Parteien zu verhandeln angefangen hatte die nächste Sache vorweg genommen und Parteien und Zeugen bis zur Einleitung dieses Falles drei Viertel Stunden auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes warten lassen. Auf eine vom Kläger an den Justizminister gerichtete Beschwerde, in welcher der Beschwerdeführer die Unbequemlichkeiten hervorgehoben hatte, welche den Parteien und Zeugen durch unverschuldetes Warten an Zeit und Geld erwachsen, ist kürzlich ein Bescheid des Amtsgerichtspräsidenten dahin ergangen, daß er den betreffenden Vorsitzenden darauf hingewiesen habe, daß dieses Verfahren nicht in der Ordnung sei. Der Kläger, welcher in erster Instanz mit seiner Klage unter Kostenlos abgewiesen wurde, beabsichtigt jetzt den Vorsitzenden für seine Unregelmäßigkeit, durch die einige Mark Zeugengebühren mehr entstanden sind, vergrößert zu machen.

Ein Ehepaar, welches die Einwohnerschaft von Johannisthal mit anonymen Briefen unsicher machte, stand gestern in dem Restaurateur Friedrich Wilhelm Lenz aus Johannisthal und dessen Ehefrau vor der dritten Strafkammer am Landgericht II. Die beiden Angeklagten sind vom Schöffengericht wegen wiederholter öffentlicher Beleidigung zu je 500 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Von beiden Seiten war dieses Urteil im Wege der Berufung angefochten worden, die Staatsanwaltschaft bestand auf einer Gefängnisstrafe, die Angeklagten wollten ihre Freisprechung erzielen. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde: Seit dem Jahre 1892 wurde die Einwohnerschaft von Johannisthal durch anonymen Postkarten und Briefe beunruhigt, welche schwere Beleidigungen und Beschimpfungen enthielten. Die Sache begann damit, daß eines Morgens an der belebtesten Straße des Ortes ein gefärbteses Plakat angeheftet war, welches die Aufschrift trug: „Ein Vater, der zwei hübsche Töchter hat, wünscht dieselben zu verheirathen. Reichs Beamte bevorzugt. Rechner, Geh. Postsekretär.“ Der Geh. Postsekretär wohnte am Orte, er hatte zwei Töchter, die kurz vorher das Verbrechen begangen hatten, bei einer Reunion im Kurhause zweien Sommerfischern, die noch im allerersten Jugenddramen schimmerten, einen Tanz abzuspielen. Dann erhielt der Gemeindevorsteher eine Karte mit der Aufforderung, einen im Orte bekannten Schneidermeister auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. Des weiteren erhielt der Ortsvorsteher einen Tag nach einem Schemenbrande eine Postkarte, die neben allerlei Schimpfereien die Anführung enthielt, daß demnach eine andere bestimmte bezeichnete Scheune abrennen würde. Die bezeichnete Scheune ist tatsächlich abgebrannt. Dem Gerichtshofe lagen heute ca. 20 Korrespondenzen dieser Art vor. Darunter befanden sich einige, welche in niedrigen Ausdrücken von dem neu errichteten Kaiser Wilhelm-Denkmal sprachen und damit drohten, das Denkmal in die Luft zu sprengen, und wohl nur den Zweck haben sollten, den Anschein zu erwecken, als sei der anonyme Briefschreiber unter den Sozialdemokraten des Ortes zu suchen. Der Gendarm Hausschild vermochte nach längerer Recherche eine solche Menge von Indizien zusammen zu tragen, daß Lenz und Ehefrau als die Thäter unter Anklage gestellt werden konnten. Die Schriftvergleichung ließ keinen Zweifel darüber, daß Frau Lenz die Schreiblerin war und die Beweisaufnahme ergab, daß der Ehemann Lenz seine Frau veranlaßt haben mußte, die Karten nach seinem Diktat zu schreiben. Nach Vernehmung von 15 Zeugen und der beiden Sachverständigen Gerichts-

chemiker Dr. Jeserich und Gerichtsekretär Drogolin gelangte auch die Strafkammer zu der Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten. Indessen wurde die Sache mehr als ein recht herzlich dümmere, alberner und schlechter Scherz aufgefaßt und demgemäß die Strafe auf 800 M. für den Ehemann und 150 M. für die Frau Lenz herabgesetzt.

Die geheimnißvollen Beziehungen zum geheimen Zivilkabinet des Kaisers und zum Justizministerium, deren sich der Privatsekretär Pfahl in Hannover rühmte, kamen gestern vor dem 8. Strafsenate des Reichsgerichts zur Sprache. Herr Pfahl ist am 26. März vom Landgerichte in Hildesheim von der Anklage des Betruges freigesprochen worden. Es war von der Anklage behauptet worden, er habe durch die unwahre Angabe, er sei vermög seiner Beziehungen zu dem geheimen Zivilkabinet des Kaisers und zu dem Justizministerium in der Lage, Begnadigungen herbeizuführen, einen Irrthum hervorgerufen und sich dadurch rechtswidrige Vermögensvortheile verschafft. Aus dem Sachverhalt ist folgendes zu erwähnen: In dem Dorfe Allige (Reg.-Bez. Lüneburg) wohnen zwei Brüder Hofbesitzer Diers mit ihrem Vater, dem Alliger Diers. Diese drei sind wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu längeren Gefängnisstrafen verurtheilt worden. Da sie gehört hatten, daß Pfahl selbst in den anständigen Fällen Begnadigungen herbeizuführen, so wandten sie sich an ihn, um so mehr, da ihre Vermögensverhältnisse ihnen die Anwendung der entscheidenden Kosten ermöglichen. Der erste Erfolg, den Pfahl erzielte, bestand darin, daß die Verurtheilten aus der Haft beurlaubt wurden. Während des Urlasses verhandelte die Brüder Diers mit Pfahl wegen des Gnadengesuches. Pfahl meinte, ein sofort eingereichtes Gnadengesuch werde Erfolg nicht haben. Dagegen war er bereit, ein neues Gesuch um Beurlaubung aus dem Gefängnis einzureichen, wenn die Verurtheilten zunächst einen kleinen Theil der Strafe verbüßt haben würden. Im Anschluß daran werde er dann das Gnadengesuch um Erlass des Restes der Strafe einreichen. Für seine Bemühungen erbat und erhielt Pfahl 1250 Mark (je 500 Mark für einen der Brüder, 250 M. für den Vater). Außerdem ließ er sich einen Revers ausstellen, durch den die Brüder sich verpflichteten, für jeden Monat Strafe, der ihnen bezw. ihrem Vater erlassen werden würde, 100 bezw. 50 M. zu zahlen. Infolge dieser Abmachung hat Pfahl weitere 700 M. erhalten, es müssen demnach den rathlosigen Mitgliedern der Familie Diers noch diverse Monate ihrer Strafe im Gnadenwege erlassen worden sein. Die Anklage ging nun davon aus, daß es für einen Privatsekretär in Hannover ganz und gar unmöglich sein müsse, auf die Einwirkung des Kaisers über Gnadengesuche irgendwelchen Einfluß auszuüben. Pfahl erklärte in der Hauptverhandlung, er habe thatsächlich Einfluß in Berlin und zwar durch seinen Bruder, einen Geheimen Oberfinanzrath. Wenn er den Brüdern Diers gesagt habe, er werde durch seinen Bruder voraussichtlich erreichen, daß er von den maßgebenden Personen im geheimen Zivilkabinet und im Justizministerium empfangen und gehört werde, so habe er damit nur die Wahrheit gesagt und ebenso habe er mit Recht einen Erfolg als wahrscheinlich bezeichnen können. Das Gericht sah sich nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme genöthigt, die Möglichkeit zuzugeben, daß der Angeklagte berechtigt war, seinen Empfang an den betreffenden Stellen in Aussicht zu stellen. Der Antrag der Staatsanwaltschaft, die Herren Diersmann und Lucas als Zeugen zu vernehmen, wurde vom Gerichte abgelehnt, da der Angeklagte Pfahl auch freigesprochen werden müsse, wenn er von diesen Herren nicht empfangen worden wäre. — Die Revision von der Staatsanwaltschaft wurde in der gestrigen Verhandlung vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Der Angeklagte Pfahl habe sich offenbar gerühmt, daß er einflußreiche Verbindungen habe und daß es ihm leichter als jedem anderen gelinge, an den maßgebenden Stellen gehört zu werden. Dies sei nach den Behauptungen der Anklage zweifellos falsch. Die Diers hätten aber an den Angeklagten nur geglaubt, weil sie geglaubt haben, daß er mehr vermöge als andere. Darin liege eine Vermögensschädigung und in der Angabe des Angeklagten die Widerspiegelung einer falschen Thatsache. — Das Reichsgericht verwarf indessen mit Rücksicht auf die unangreifbaren Feststellungen die Revision des Staatsanwalts.

Verfammlungen.

Die Zimmerer waren am Montag in einer Anzahl von etwa 3000 im Kellerischen Saale versammelt, um über ihre bevorstehende Lohnbewegung zu beraten. Der Vertrauensmann Fischer begründete zunächst die Forderung eines Stundenlohns von 60 Pf. und besprach die von der Lohnkommission an die Unternehmer gerichteten Schreiben und die nunmehr eingegangenen Antworten derselben. Von 800 Unternehmern haben 43 die Forderung bewilligt, weitere 14 Unternehmer haben sich bereit erklärt, 60 Pf. zu zahlen, wenn sie wieder Arbeit haben, andere 27 Unternehmer beschäftigen zur Zeit keine Stellen, und 70 haben die Forderung der Zimmerer strikte abgelehnt. Der größere Theil der Unternehmer hat überhaupt keine Antwort erteilt. Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage — meinte der Redner — sei es durchaus notwendig, daß die Berliner Zimmerer die geforderte Forderung energisch durchzuführen gewillt wären, und auch vor einem Streik nicht zurückzusehen würden; wenn alle Theilnehmten auf dem Posten wären, dann könne in acht Tagen der Sieg errungen werden. Die Diskussionsredner traten zum Theil mit großer Wärme für den Streik ein, darunter Kobbe, Obst und Lehmann. Andere Redner, unter ihnen Schwalbe, Ernst, Ricker und Meißner hatten Bedenken gegen die augenblickliche Durchführbarkeit des Streiks. Die Stimmung unter den Versammelten war, wie aus den Beifalls- und Mißbilligungsäußerungen hervorging, gleichfalls getheilt. Die Versammlung erklärte sich schließlich für den Streik, indem sie folgende Resolution annahm: Im Laufe des Dienstag ist an alle Arbeitgeber die Forderung eines Stundenlohnes von 60 Pf. zu stellen. Wo dieselbe nicht bewilligt wird, ist die Arbeit niedergulegen. Die Anwesenden sind das demjenigen Unternehmern schuldig, welche bereits 60 Pfennig Lohn zahlen. Hieraus wurden die auf Kontrolle der Streikenden und Ueberwachung der Arbeitsstellen bezüglichen Bestimmungen festgesetzt, dann gab der Kassirer Hoff die Abrechnung über den Agitations- und Unterstützungsfonds für die Zeit vom 1. Januar bis 24. Juni 1897. Die Rechnung schließt ab mit einer Einnahme von 18 536,14 M., einer Ausgabe von 1589,56 M., somit ist ein Bestand von 5577,49 M. auf. Die Diskussion über den Kassenericht wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Die freie Vereinigung der Häндler und Häндlerinnen nahm in der Versammlung am 2. Juli den vierteljährlichen Bericht über die Thätigkeit des Vereins entgegen. Hierauf wurde Frau Dunsch zur Schriftführerin und Luther, Schulze und Reinhold zu Revisoren gewählt.

Der Zentralverband der Manrer (Bauhelle I Putzer) hielt am 4. Juli seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der über die Ausübung der Kontrolle berathen wurde. Sämmtliche Redner empfahlen, die Kontrolle etwas schärfer zu handhaben, da sich durch die jetzige Konjunktur einige Putzer herbeilassen, die Preise herabzubringen. Die hierauf verlesene Abrechnung vom 2. Quartal ergab eine Gesamtsumme von 1945,50 M. und eine Ausgabe von 1589,56 M., somit ist ein Bestand von 355,94 M. vorhanden. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassirer einstimmig entlastet.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek in der Nordstraße, Brunnenstr. 26, ist vom 1. Juli ab bis auf weiteres geschlossen; die noch ausstehenden Bücher sind umgehend Donnerstags abends von 10 bis 11 Uhr zurückzugeben. Mitgliedbeiträge werden an diesem Tage in der Vereinslokalität entgegengenommen, ebenso in folgenden Rathstellen: Gottfr. Schulz, Wilmstr. 40a; Reul, Bornstr. 42; Babel, Holstenallee 57; Gietner, Wilmstr. 7a; Paul Wiede, Wilmstr. 129; G. König, Pfefferstraße 20. Alle Buchstaben sind an den Woiwoden Paul Wiede Jr., 50. Wilmstr. 129, Göttingen an den Kassirer G. König, S. Pfefferstraße 20, zu senden.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgegend. Vorsitzender Hr. Neumann,...

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag) ist...

Briefkasten der Expedition. R. W. Der 'Wahre Jakob' Nr. 280 traf wiederum erst heute...

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm., Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur. Lists weather data for various stations like Swinemünde, Hamburg, Berlin, etc.

Eingelassene Druckschriften. Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags,...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion...

Theater. Mittwoch, den 7. Juli. Neues Igl. Operntheater (Krohn). Die Bohème...

W. Noack's Theater. Brunnen-Strasse 10. Im schönen Garten täglich: Konzert. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung...

Ein sozial. Redakteur mit Gymnasialbildung, welcher eine Zeitung selbständig zu leiten...

Castan's Panopticum. Neu! Die elektrisch belebten und künstlich sprechenden Menschen...

Achtung! 4. Wahlkreis. Achtung! Donnerstag, den 8. d. M., bei Keller, Koppenstr. 29: Große Volks-Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Mittwoch, 7. Juli, abends 8 Uhr, im Vordröschischen Kasino...

Achtung! Arbeiterverein Achtung! für Stralau, Rummelsburg und Umgegend. Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr...

Achtung! Verein der Former. Sonnabend, den 10. Juli 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Hirtenstr. 21...

Achtung! Arbeiter-Radfahrer. Zweck: Gründung einer Filiale des Arbeiter-Radfahrer-Vereins...

Achtung! Charlottenburg. Heute, Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale 'Bismarckhöhe'...

Der Landarbeiter was er war, ist und sein wird. Von Eduard Adler. Preis 50 Pf. 136 Seiten Großoktav.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler. Derliche Verwaltung Berlin H. Den Mitgliedern zur Nachricht...

Orts-Krankenkasse Boxhagen - Rummelsburg. Mittwoch, 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal...

Eis! In unserem Eisdepot in der Oranienstrasse zu Hohen-Schönhausen lagern 20773 m³ ra. 150 000 Ctr.

Arbeitsmarkt. Achtung, Holzarbeiter! August ist ferngehoben von Stettin, Rostock, Ludenwalde...

Arbeiterinnen auf Jacobi. 1.35-1.00 Mark. Anfertigung nicht möglich, siehe Schumann, Weinbergweg 11 B I.

Apollo-Theater und Konzert-Garten. Venus auf Erden. Burlesk-phantastische Operette...

Puhmann's Vaudeville-Theater. Schönhauser Allee 148, Kasernen-Allee 97-99. Jeden Mittwoch: Gr. Gesellschafts-Abend.

Viktoria-Brauerei (Garten resp. Saal). Lützow-Strasse 111/112 nahe Potsdamer Platz. Heute sowie täglich: Stelliner Sänger.

Action-Bräuerei Friedrichshain. Heute, Mittwoch: Regiments-Musik des 4. Garde-Reg. in Uniform...

Schweizer Garten. Am Königsthor, Galtchelle d. Werderbahn. Am Friedrichshain. Täglich: Theater und Spezialitäten.

Ostbahn-Park. Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz. Täglich: Großes Konzert und Vorstellung.

Treptow. Viktoria-Garten, früher Kämpel, Galtchelle der elektrischen Bahn. Jeden Mittwoch: Gr. Kinderfest.

Familienkränzchen. Zum Ausklang gelangen die unter der neuen Direktion gebrauchten Tiere: Läger, Villener, Senator.

Im Nebenlokal: Familienkränzchen. Zum Ausklang gelangen die unter der neuen Direktion gebrauchten Tiere: Läger, Villener, Senator.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau. Oeconomie: Birkholz & Mittag. Jeden Sonntag und Donnerstag: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Restaurierung. In jeder Tageszeit. Um geneigten Zuspruch bitten.

Möbel. In jedem Stil und jeder Holzart, außer billig, auch auf Teilzahlung. Oranienstr. 73.

Preislisten für Sommer- u. Reiseartikel portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abtheilung Berlin W. Leipzigerstrasse. 111.

Glas

Einmachegläser mit Verschluss 38, 48, 55 Pf. ohne Verschluss 7, 9, 12, 15, 20, 25, 30 Pf. Geleegläser 6, 9 Pf. Fliegenfänger 10 Pf. Sturzkannen, weiss 18 Pf. Wasserflaschen 22 Pf., geschliffen 40 Pf.

Butterdosen 12 Pf. Käseglocken 35 Pf. Likörgläser, Schaalenform 6 Pf. Wiener Seidel 15 Pf. Weissbierpokale klein 24 Pf., gross 35 Pf. Theegläser mit Fuss, geschliffen 22 Pf.

Emaile

Eimer, Durchmesser ca. 28 cm marmoriert mit Deckel 1,30, blau 65 Pf. Schmortöpfe, grau u. blau Durchmesser ca. 16 18 20 22 24 cm ohne Ring 35, 48, 60, 70, 80 Pf. mit Ring 40, 58, 65, 75, 85 Pf. Kasserollen, grau u. blau mit Ring 40, 48, 60, 70, — Pf. Wasserkessel, grau — 70, 80, 90 Pf. Seifenhalter, marmoriert 17 Pf.

Porzellan

Kaffeeteller mit Köpfen 9 Pf., mit Rankenmuster 10 Pf. Salztöpfe, Blumenmuster, 6 Stück 1,25, 1,50 Mk. Eisschalen, weiss, 8 Pf. Butterdosen, weiss, ca. 1/2 Pfd. Inhalt, 22 Pf. Kompottschalen, gerippt, 8, 15, 18, 30 Pf.

Kuchenteller mit Henkel, bemalt 40 Pf. Milchtöpfe, klein, bemalt 9 Pf., gross, mit Amorotten 22 Pf. Tassen, Birnenform, weiss 18 Pf. Leuchter, weiss 15 Pf. Butterbroteller 10 Pf.

Steingut

Brotplatten, rund, weiss, 15 Pf. Milchtöpfe, bunt, 20 Pf. Nöpfe, rund, weiss 18 Pf.

Kaffeetöpfe, rosa 8 Pf. Teller, gerippt, flach und tief 7 Pf.

Waschservices, einfarbig 1,80 u. 2,50, bunt 3,75 u. 4,50 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Für 5 Mark. Tägliche Verkauf von frisch gef. Fleisch. Man überzeuge sich im Riesenstofflager. Klein Laden, Kranienstr. 14 I.

Tägliche Verkauf von frisch gef. Fleisch. Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof. Trauring verloren. Nährgelb für Säuglinge.

Aluminium-Gebisse. Guten Verdienst. Bahn-Atelier.

Aluminium-Gebisse. Guten Verdienst. Bahn-Atelier.

Bahn-Atelier. Kleinfl. Bahne in tadelloser Ausführung.

2. Ziehung d. I. Klasse 197. Rgt. Preuss. Lotterie.

268 28 52 449 570 87 94 720 95 837 1322 476 624 766 86 2030 70 254 370 87 458 440 2077 (100) 207 467 567 (150) 621 708 41 54 890 4275 356 79 445 509 3331 3085 229 439 60 721 926 (100) 6162 258 75 (150) 609 94 635 719 41 89 892 7054 248 52 451 542 611 762 942 8080 67 205 405 67 704 75 95 890 94 97 9038 30 (100) 90 197 308 32 40 432 524 832 911 10 59 87 93 125 62 906 47 60 11028 47 79 80 127 329 99 477 623 90 744 93 65 12000 (100) 22 89 108 64 65 262 312 (100) 54 506 (100) 741 921 64 13149 29 216 29 280 462 14277 429 512 701 42 820 53 959 81 51 15142 90 91 88 454 286 976 16005 107 89 210 865 90 444 665 783 811 91 17111 210 302 56 409 37 60 64 884 37 750 18148 85 241 70 490 811 932 10335 465 91 604 732 (100) 844 60 909 13 80 20194 367 79 87 481 723 63 800 8 912 99 21102 202 64 307 516 884 298 98 22044 65 585 617 54 91 895 914 54 (100) 22275 628 692 716 44 879 910 (100) 24359 93 405 15 29 67 585 674 832 924 25076 127 90 954 427 662 95 843 901 20058 117 276 378 452 601 790 27387 659 79 67 707 (300) 39 960 70 28360 603 20080 (100) 319 28 86 438 791 30000 11 16 75 155 342 491 501 41 89 778 81146 219 805 32288 416 97 526 71 616 58 718 22 90 805 920 32360 92 569 867 928 70 (100) 34112 67 97 280 375 (100) 426 518 54 86 840 903 37 35112 209 48 58 (100) 355 568 639 56 (100) 92 314 43 70 933 30164 95 326 22 405 526 82 744 54 88 37123 213 692 763 83 894 32007 419 89 679 692 716 60 960 30026 132 229 80 379 619 45 (100) 91 757 76 807 43 74 40048 110 292 73 381 79 482 80 94 659 70 708 41063 431 979 42196 282 314 52 470 526 618 774 643 42081 148 280 411 82 533 698 779 (300) 836 55 44119 706 90 78 528 945 97 45011 (100) 22 31 88 826 517 19 95 684 46013 91 99 333 61 429 534 687 (100) 75 708 811 41 66 87 902 47290 457 61 512 911 55 42099 191 200 60 381 460 522 606 724 855 90 939 49032 48 220 838 906 50046 102 221 80 91 478 512 661 69 910 89 51056 128 (100) 67 203 16 51 401 51 90 551 687 84283 55 163 288 311 529 31 612 369 89 53023 964 (150) 70 352 (150) 443 606 56 63 731 54054 302 79 97 403 596 604 23 778 931 (100) 541 723 664 94 47038 141 289 99 50040 18 102 879 414 723 86 34 40 57038 141 289 99 478 83 442 580 633 (150) 904 34 40 54225 95 305 82 473 638 99 763 85 654 89 907 10 50342 85 92 514 (300) 609 60297 652 60 841 61069 175 485 749 72 804 90 63209 43 512 46 55 80 616 47 889 941 63190 92 545 85 226 943 64082 106 296 84 646 844 90 783 876 650 85 266 17 26 418 813 89 951 74 94 60383 171 498 960 67090 58 112 207 400 620 684 839 58 935 63830 80 690 46 81 728 934 39 69017 117 40 320 446 93 (100) 582 645 92 900 70305 413 668 92 712 94 967 71046 219 601 954 72088 284 319 502 620 68 723 47 864 72099 245 94 378 86 410 26 40 52 83 678 961 74051 228 (300) 398 429 35 506 25 80 665 725 42 75142 211 714 830 76054 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48 71 718 31 104 8 11 240 88 375 95 709 47 67 864 77682 103 259 508 74 602 24 47 60 80 802 25 47 410 89 78035 102 230 308 391 61 29 809 350 70193 429 75 542 97 636 (100) 90005 (300) 62 90 288 310 438 512 76 606 56 708 9 529 962 81025 154 74 94 296 857 699 529 870 922 85 82025 190 215 (150) 35292 407 503 78 698 83077 112 315 448 608 11 (100) 27 700 72 76 84144 409 45 84 632 76 735 34 60 972 85026 156 312 532 48